



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

1 (3.1.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-252784](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-252784)

Offizielles Partei-Organ
Das Hakenkreuz-Banner erscheint wöchentlich und kostet ohne Zustellung 90 Pfg. — Bestellungen bei den Postämtern und bei den Briefträgern, sowie beim Verlag, Mannheim, P. 5, 13 a. — Zahlungs- und Erfüllungsort, sowie Gerichtsstand ist Mannheim. — Postcheckkonto: 31715 Karlsruhe.



Anzeigen: Die achtgespaltene Millimeter-Anzeigenszelle 10 Pfg. Wiederholungsrabatte nach bel. Tarif. Redaktionschluss für Inserate: Donnerstag 12 Uhr. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, polizeilichem Verbot, Betriebsstörung, Streik usw. besteht kein Anspruch auf Rückzahlung oder Nachlieferung.

Das Die nationalsozialistische Zeitung der Bezirke Mannheim-Weinheim Hakenkreuz-Banner

Jahrgang 1
Nummer 1

Herausgeber: Karl Lenz, M. d. R. für den Gau Baden

Mannheim,
3. Jan. 1931

Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich wie ist Ihnen?

Mannheim ist eine Großstadt — comme il faut — auf allen Gebieten, besonders beim Geldausgeben. Die Werkstätten bezahlen es ja. So war es bisher. Wir Nationalsozialisten erlauben uns auch hier die Freiheitslämpchen anzuzünden und hineinzuleuchten, wo es bisher finster war — auf daß es helle werde. Unsere Stadtratsfraktion hat folgende Belichtungs-Anträge gestellt:

- a) Den Herrn Oberbürgermeister, die Herren Bürgermeister und die Herren Direktoren der städt. Betriebe zu ersuchen, ihr gesetzlich festgelegtes Einkommen freiwillig so zu kürzen, daß es den herausfordernden Charakter gegenüber der wirtschaftlichen Notlage der breiten Masse verliert und in keinem Falle den Betrag von 12 000 M. (Zwölftausend Mark) im Jahre überschreitet (Gehalt des Innenministers Dr. Franzen in Braunschweig).
- b) Sofort feststellen zu lassen, welche Summen hierbei gespart werden.
- c) Diese eingesparten Summen im ersten Monat als einmalige Beihilfe den Erwerbslosen zukommen zu lassen und in den folgenden Monaten zur Erstellung von Wohnungen, bei denen Erwerbslose Beschäftigung finden, bereitzustellen.

Die Entschädigungen der Stadträte und Stadtverordneten auf das gesetzl. höchstzulässige Mindestmaß herabzusetzen.

Die Stellen des dritten und vierten Bürgermeisters werden gestrichen. An ihre Stelle treten nötigenfalls ehrenamtlich Beauftragte der Stadt.

Sämtliche gemeindlichen Arbeiten und Lieferungen sind den ortsansässigen (Groß-Mannheim) Gewerbetreibenden zu übertragen und können nur dann nach außerhalb vergeben werden, wenn sie am hiesigen Plage nicht ausgeführt werden können.

Die Kleingewerbetreibenden sind in sozialgerechter Weise weitgehendst zu berücksichtigen.

Wir erwarten von der Stadtverwaltung die Entlassung aller Parteibuchbeamten. Zur praktischen Durchführung ersuchen wir Beroollständigung unseres Antrages Nr. 7 um Vorlage eines Verzeichnisses, welches die Namen aller Beamten enthält mit folgenden Angaben:

1. Vor- und Zuname.
2. Jährige Beschäftigung.
3. Seit wann in städtischen Diensten.
4. Welche berufliche Vorbereitung?
5. Schulbildung und Schulzeugnisse.
6. Abgelegte Examina.
7. Gehaltsgruppe, monatliches Einkommen (detailliert).
8. Vorstrafen.

Die Beamten, welche in diesem Sinne keine Berufsbeamten sind, müssen ohne Entschädigung aus städtischen Diensten entlassen werden.

Mannheim, den 29. 12. 30.

Die Rathausfraktion der NSDAP.
Kunkel, Feit, Dr. Orth, Störz.

Achtung Bezahler!

Wir haben die Feststellung gemacht, daß eine Reihe von Pg. die Bestellscheine für unsere Zeitung ausgefüllt und in den Briefkästen eingeworfen hat, aber bis zur Stunde noch keinen Bezugspreis entrichten mußte. Die Gründe hierfür sind uns noch nicht bekannt. Auf jeden Fall wollen sich alle oben genannten Pg. auf dem Verlag melden, wenn sie trotz getätigter Bestellung nicht beliefert werden. Im übrigen werden wir die Angelegenheit untersuchen.

Verlag „Das Hakenkreuz-Banner“.

Am Donnerstag

den 15. Januar 1931, findet im Mannheimer Nebenloungeaal eine

Großdeutsche Kundgebung

statt. Die Veranstaltung wird gemeinsam von der S. A. Standarte und der Bezirksleitung Mannheim durchgeführt. Es sprechen:

Abg. Kriese vom Prager Parlament,
Gaulleiter Frauensfeld-Wien,
M. d. R. Lenz-Mannheim.

Teilnahme für alle Parteigenossen des Bezirke Mannheim ist Pflicht.

Bez. Mhm. der NSDAP.

Sta. 4 der S. A.

Parteigenossen, Kameraden!

Das Gesetz, nach welchem wir angetreten, gilt heute, wie es vor zehn Jahren galt.

Damals haben wir mit dem Kampf unseren Bund geschlossen und seither ist er uns zur Seite geschritten. Manchmal war es hart und schwer, Nationalsozialist zu sein, dann aber wieder war der Stolz über gewonnene Schlachten so begeisternd, daß wir alles Schwere vergaßen.

Aber je mehr Jahre ins Land gegangen sind, umso gemeiner wurden die Waffen des Gegners. Und wer war nicht alles Gegner von uns? Die Parteien, die Klassen, der Staat, die Banken, der Jude! Wenn es an uns ging, dann waren sie in einer Front und ihre Kampfmittel waren der Haß und der Schmutz. Wir aber trugen in uns das Leben und die Leidenschaft, den eisernen Willen und männlichen Trotz. Rechtwinklig standen wir an Leib und Seele und haben uns gewehrt, so gut wir konnten. Wo uns ausgehegtes Untermenschentum die Schädel einschlug, da brachten wir den Beweis, daß der Deutsche in Deutschland doch noch etwas mitzureden hat.

Kameraden von Mannheim und Weinheim!

Wir sind in eine neue Kampfphase eingetreten. — Wir haben uns nie Illusionen gemacht, sondern können mit Stolz von uns sagen, daß wir — je mehr die Feinde dagegen schrien — kalt und nüchtern blieben. Wir wollen es auch hier sein!

In dieser Zeit wirtschaftlicher Depression, parteipolitischer Niedertracht und behördlicher Verfemung muß es für uns heißen:

„Die Herzen zusammengerissen,
die Zähne zusammengebissen, arbeiten, kämpfen.“

Nichts, garnichts haben wir uns vorzumachen, als das Eine, daß unsere Gegner nunmehr ihre Front verbreitern werden, um mit noch gemeineren Mitteln als bisher den Kampf gegen uns zu führen.

Wir aber werden die Ruhe bewahren, wie wir sie einst hatten, als wir in den M. G. Nestern der Front lagen, den Finger am Abzugsbügel der Gewehre, und um unser bishigen Leben kämpften.

Der Kampf heute ist der gleiche!

Wir werden ihn bestehen, weil wir die Revolution des Rechtes sind, weil uns zur Seite der Wille, der Trotz und die Liebe zum deutschen Vaterland und zum deutschen Arbeitsbruder stehen.

Drum Kameraden, — wir sind — wenn es sein muß — über Gräber hinweg!

107 Nazi stürzen das Kapital, brechen die Judenthrannei, machen uns frei!

Mit Riesenplakaten rühren die Roten die Werbetrömmel in ganz Deutschland: „107 Nazi schlugen das Kapital.“ Die Taktik ist zu einfältig: Wir Nationalsozialisten sollen in die Verteilung gedrängt werden. Das Grauen vor der eigenen Katastrophe läßt den Roten und Schwarzen während im Nacken. Jetzt erfüllt sich, was sie vor Monaten und Jahren in wahnwitzigem Eifer behauptet hatten.

Damals, am 15. Juli 1929, während der Debatte über den Young-Plan, hat Herr Brüning das führende Wort gesprochen: „Ich habe bereit, ein Friedensopfer zu bringen, der Young-Plan, der keine Verkleinerung bedeutet, ist ein Übereinkommen. Ganz einfach schrieb der Badische Beobachter: „Was wir früher für Meer und Flotte gaben, bekommen nun Frankreich und die andern zur Bezahlung ihrer Schulden an Amerika. Deutschland bezahlt damit den Frieden der Welt. Die Polnischen Westgrenzen müssen garantiert werden. Die Hegemonie Frankreichs muß für Deutschland eine gegebene Größe sein!“

Dann schwägten sie in das Mikrophon des Rundfunks hinein und fafelten von Milliarden, die gespart würden. . . — und jetzt — Juli 1930 Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände — Dezember 1930 — Verordnung zur Sicherung der Finanzen. Herr Brüning muß trotz seines sanften Augenaufschlages Diktatur machen, um die Sklaventribute herauszupressen und die jüdischen Finanzhähnen zu befriedigen. Die SPD. steht daneben und hält die Chloroformflasche in der Hand. Tropfen um Tropfen fällt. Unten liegt der geschundene „Patient“ und atmet den betäubenden Duf — „107 Nazi schlugen das Kapital“ — und ein diabolisches Grinsen verzerrt diese „Sozialisten.“

Aber, gemacht, wir lassen uns von euch nicht mehr meggern. Wie war das doch, als der Young-Plan angenommen wurde, erklärten unsere Parteigenossen im Reichstag: „Die vereinigten Parteien des November-Verbrechens zusammen mit ihren bürgerlichen Helfershelfern haben die Young-Gesetze angenommen, ohne zu wissen, wo sie das Geld für diese Tribute hernehmen sollen; ohne die Bürgschaften für die Erfüllbarkeit für übernommene Verpflichtungen geben zu können. Es ist eine Lüge, wenn von finanziellen Erleichterungen von Seiten der Regierung gesprochen wird.“

Wir klagen die Regierung und die sie stützende Reichstagsmehrheit des vollendeten Volksverrates an!

Hättet ihr den Young-Plan nicht unterschrieben, dann bräuchtet ihr heute keine neuen Steuern, hättet ihr deutsche Außenpolitik getrieben, dann würdet euch die Polaken nicht in das Gesicht treten.

Alles ist zwangsläufig und ihr habt euch euer Gesetz selber gegeben. Nach diesem Gesetz stirbt ihr, weil ihr es nicht mehr ändern könnt. Euer Blut ist vergiftet. Mit euch geht es zu Ende und nun schreit ihr sterbende Parteibonzen nach einem bishigen Leben — genau wie der Schwindsüchtige.

Gesetzt den Fall, wir hätten dem Pensionskürzungsgesetz und dem kommunistischen Antrag auf Sonderbesteuerung vom Besitz über 500 000 M. zugestimmt? Dann wären wir mitverantwortlich.

Das Geld dieser neuen Steuern gebt ihr als Gratispende an die amerikanischen

Archiv
Mannheim
Inv. Nr. 2591
Sign.

Bankjuden und wenn etwas übrig bleibt, dann — kauft Herr Gröner vielleicht goldene Uhren oder irgend ein Minister bekommt seine „Dienstwohnung“ renoviert, oder ein Teeabend mit „bestangezogenen“ Frauen steigt, oder — uns brennt immer noch der Hunger im Magen, uns frieren die Füße und in unseren Baracken huschen die Ratten.

Wir vertrauen euch nicht mehr, verehrte Herrschaften! Joseph Wirth, der Erzengel der Republik, hat einmal geschrieben: „Die Krise der deutschen Republik ist das Fehlen des Vertrauens. Ein wirklich gutes Wort. Keiner glaubt es euch mehr. Alle sind sie davon überzeugt, daß ihr nur nehmen, nicht aber schöpferisch aufbauen könnt.“

Die Sozen wollen mit den Kommunisten zusammen die Vermögen über eine halbe Million um ein fünfstel wegsteuern. Bei lauter ehelichen Menschen eine schöne Sache. Durchaus begrüßenswert. Aber wenn die Roten und die Schwarzen das machen, muß dann der Herr Sklarz und Kutischer und Barnat und Kientimp und Böß auch bezahlen? Wir fürchten, daß ihr die schaffenden Deutschen vernichtet, preisgebt, weil ihr das seit zehn Jahren tut.

Wir haben gewarnt und da seid ihr giftig geworden. Nun werden wir prinzipiell: wenn ihr Steuern fordert, dann sagen wir nein, weil ihr sie fordert. Die Mehrheit des deutschen Volkes denkt so wie wir. Ihr könnt es probieren. Schreibt Neuwahlen aus und ihr werdet euer Wunder erleben. Euch glaubt keiner mehr. Ihr seid zu abgebrüht, als daß eure wohlleinstudierte Reue echt wirken würde. Eure asiatische Despotenherlichkeit kracht zusammen. Morgen? Abermorgen? Wir wissen es nicht und wollen es nicht wissen.

Unser Kampf gilt der Nation, dem Volk, gilt dem Aufbau. Aber an euch und eurem Dreck gehen wir vorbei und lächeln.

Ihr habt die rohe Gewalt und den Gummiknüppel, die Judenpresse und die zweifelhafte Kunst der Lüge, Waffen die euer würdig sind.

Wir haben den Glauben und den Willen aus den deutschen Finanz- und Judenknechten ein deutsches Volk zu machen und jeder einzelne von uns kann getrost die Worte von Cassius in Julius Cäsar sprechen.

Darin, ihr Götter, macht ihr Schwache stark,
Darin, ihr Götter, höhnet ihr Tyrannen:
Nicht Iffenburg, noch erzgetriebene Mauern,
Nicht dumpfe Kerker noch der Ketten Last
Sind Hindernisse für die Macht des Geistes.

hewo.

Diktatur und Zentrum.

Trotz des eindeutigen Mißtrauensvotums, welches das deutsche Volk am 14. September 1930 der Regierung Bräuning ausgesprochen hat, verstanden Zentrum und Sozialdemokratie krampfhaft am Regierungssitz auszuhalten. Sie teilen die Machtpositionen und die Futterkrippe in zwei Interessensphären: Preußen und Reich. Anfangs glaubten sie auf dieser Grundlage, die nationalsozialistische Bewegung auf kaltem, legalem Wege abzuwürgen. Aber ihre Berechnungen und Wünsche haben sich heute schon als trügerisch erwiesen. Die Mehrheit im Reichstag ist für das Kabinett von 80 Stimmen im Oktober auf nicht ganz 40 Stimmen im Dezember gesunken. Die Wirtschaftspartei verließ als erste Ralte das sinkende Schiff. Auch das Mäuschen, Volkskonservative Partei, sieht sich nach einem Rettungsboot um. Welch eine Enttäuschung für Herrn Treviranus! Statt politischer Kapitän eines Staatschiffes zu werden, muß

er sich mit der Führung eines Rettungsbootes zufrieden geben, das über kurz oder lang von den immer höher steigenden Wellen des Nationalsozialismus verschlungen wird.

Sogar das evangelische Zentrum und die Volkspartei versuchen zu revoltieren. Die Letztere mußte — wie die übrigen bürgerlichen Mittelparteien — aus den Wahlen nach dem 14. September in Oldenburg, Baden, Mecklenburg und Bremen erkennen, daß ihr Zerfall nicht mehr aufzuhalten ist. Ebenso hat der Marxismus bei den genannten Wahlen so starke Verluste zu Gunsten des Nationalsozialismus zu verzeichnen, daß das Zentrum seine Stützen zur Rechten und zur Linken wanken sieht. Die Zentrumsführer müssen einsehen, daß das Kabinett Bräuning auf die Dauer mit parlamentarischen Mitteln und selbst mit dem § 48 der Weimarer Verfassung dem Nationalsozialismus gegenüber sich nicht halten kann und bald vor die Frage gestellt wird: Abdankung oder offene Diktatur.

Wird es dem Zentrum gelingen, mit Hilfe einer Diktatur den Nationalsozialismus zu vernichten? Zunächst besagt der Ausdruck Diktatur ebensowenig wie die Worte Republik und Monarchie. Die Diktatur einer Minderheit kann nur die Führung eines Volkes fest in der Hand halten, so lange in dieser Minderheit, der Stütze der Diktatur, mehr als die Hälfte der Willens- und Tatkraft und der Lebensenergie des gesamten Volkes enthalten ist. Diktatur einer Minderheit bedeutet Konzentration der Kraft, Energie und Opferbereitschaft in den Trägern derselben. Ein Diktator kann nicht von oben eingesetzt werden durch ein Gremium, das die Führung mit dem Volke verloren hat. Ein Diktator kann nur dann sich behaupten, wenn er von unten aus der Tiefe der lebendigsten und sittlichsten Kräfte eines Volkes auf den Schild gehoben wird. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so wird eine Scheindiktatur weniger Aussicht auf Bestand haben, als ein parlamentarisches Regiment, das durch die Mehrheit der Stimmen gestützt werden kann.

Wer bezweifelt heute noch, daß alle Energie und Kraft, der ganze Lebenswille und die gesamte Opferbereitschaft unseres Volkes sich in der nationalsozialistischen Bewegung konzentriert? Immer mehr wird dem deutschen Volk klar, daß der Nationalsozialismus nicht nur Partei, Bewegung und Weltanschauung ist, sondern daß der Nationalsozialismus einzig und allein den Begriff Deutschland in sich schließt.

Dieser Energiestrom kann weder das Zentrum noch der Marxismus einen Damm entgegensetzen, ganz gleich, ob dieser Damm Demokratie oder Diktatur heißt. Das Volk wird bald empfinden, daß ihm aus diesen Kreisen kein Diktator erwächst, der aus dem Borne der Lebenskräfte und Lebensäfte seines Volkes schöpfen kann, sondern höchstens ein Diktierender oder ein Diktierer, dessen spärliche Kraftquelle versiegen muß, um am Ende seiner Energie müde und resigniert der lebendigeren Bewegung das Feld zu räumen.

Nicht ein „Zentrum“ in Gestalt einer Partei, die einseitige Interessen vertritt, sondern ein „Zentrum“ der Kraft, des Willens und des Lebens, wie es in der nationalsozialistischen Bewegung verkörpert ist, wird zur Führung eines Volkes bestimmt sein. Gegen diese ehernen Gesetze der Natur helfen keine Unterdrückungen, keine Verbote, keine drakonischen Maßnahmen. Einer Volksbewegung gegenüber, die die Interessen des gesamten Volkes auf streng legalem Wege vertritt, müssen knatternde Maschinengewehre verstummen und erhobene Rautschukzepter sich senken.

Aus dieser Erkenntnis heraus kann der Nationalsozialismus mit Ruhe, Kaltblütigkeit und Geduld den

politischen Ereignissen des neuen Jahres entgegensehen. Wir wissen, daß immer weitere Kreise unseres Volkes unserem Beckruke folgen werden. Um unsere Fahnen werden sich Millionen um Millionen Deutscher aus allen Schichten scharen, denen es zur unumstößlichen Gewißheit wird, daß der Tag kommen muß, an dem über ganz Deutschland flattern wird

das Hakenkreuz-Banner!

f. K.

Die Politik der Woche

Ein Nationalsozialist in Stuttgart ermordet. In der Sylvesternacht überfiel nach planmäßiger Vorbereitung ein Trupp Kommunisten eine Anzahl Nationalsozialisten. Die Kommunisten stürmten die Wirtschaft, in der die Nationalsozialisten waren. Sie stachen wie die Wilden auf die Nationalsozialisten ein. Dabei wurde ein Nationalsozialist durch einen Herzstich getötet und mehrere NS. teilweise schwer verletzt.

Die Stadt Koburg erhöhte die Warenhaussteuer auf 400 v. H. der staatlichen Gewerbesteuer.

In Braunschweig wurde die Warenhaussteuer beschlossen und beträgt 300 v. H. der Gewerbesteuer. Interessant ist, daß die Deutsche Volkspartei, im Gegensatz zu anderen Ländern, für die Warenhaussteuer stimmte.

In Braunschweig wurde der Leiter der Schutzpolizei, der der SPD. angehört, in den Ruhestand versetzt. — Der von der SPD. nach Braunschweig berufene Berliner Stadtschulrat Paulsen wurde von dem Minister Franzen seines Lehrauftrags entbunden. Langsam, aber sicher wird gesäubert, Thüringen und Braunschweig voran!

Die in Darmstadt erscheinende nationalsozialistische Wochenschrift „Der Hessenhammer“ wurde erneut auf Grund des Republiksschutzgesetzes bis 31. März 1931 verboten.

Der Londoner Professor Kennes stellte fest, daß der Youngplan für Deutschland eine schwerere Last sei, als der Dawesplan, trotzdem der Dawesplan für Deutschland nicht erfüllbar gewesen sei.

In Dresden wurde ein Volkshaus eingeweiht, das von den Arbeitergrößen der Gewerkschaften erbaut worden ist. Hier die Speisefolge des Festessens:

- Gebundene Suppe von frischen Overtreben
- Tharandter Schleie
- mit frischer oder zerlassener Butter und Pariser Kartoffeln.
- ff. Prager Gans
- mit Rotkraut und gebakenen Kartoffelbröckchen
- Ananas mit Schlagfahne oder Käseplatte.
- Weinkarte:
- Schaumweine
- Söhnlein Rheingold 13.—
- Rothkäppchen 12.—
- Rheinsekt 9.—

Was hast Du, SPD.-Prolet, der Du stempeln gehst, gedacht, als Du diese Speisefolge für die Einweihung gelesen hast? Jedenfalls, daß die SPD. die klassenbewußte Arbeiterpartei ist.

Wie Pg. Kube im Preussischen Landtag mit dem Innenminister Severing abrechnete, der anmaßend genug war, sich auf den Frh. vom Stein zu berufen.

Die heutige Rede des Herrn preussischen Innenministers unterscheidet sich durch ihr begrüßenswertes Niveau außerordentlich bemerkenswert von dem Phrasendrusch, den wir gestern am Berliner Rundfunk gehört haben. Die Ausführungen des preussischen Herrn Innenministers geben daher Anlaß, sich mit ihm sachlich auseinanderzusetzen.

Ich möchte zunächst an das anknüpfen, was er über das Schicksal des Freiherrn vom Stein in Preußen von 1807 bis 1813 gesagt hat. Der preussische Innenminister wies darauf hin, daß sich der Freiherr vom Stein verschiedentlich vor den Verfolgungen der reaktionären Verwaltung habe verbergen müssen. Der preussische Innenminister hat unter dem Geßel der Stunde darauf hingewiesen, daß im nächsten Jahre ein Jubiläum des Freiherrn vom Stein zu feiern sei.

Ich bin als Nationalsozialist nach den Erfahrungen, die wir mit dem gegenwärtigen preussischen Verwaltungsapparat gemacht haben, der Meinung, daß der Freiherr vom Stein sich heute genau so wie damals gerade bei seiner ausgesprochen nationalen Einstellung gegenüber den preussischen Verwaltungsstellen würde verbergen müssen. Ich glaube nicht, daß die preussische Politik, die z. B. einen Major Heinrich unter sich duldet, sich durch ihre Methoden und die Art ihrer Tätigkeit wohl-tuend von dem unterscheidet, was man vor mehr als hundert Jahren in Preußen Reaktion genannt hat. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß das heutige System in Preußen und vor allen Dingen die sozial-

demokratischen Verwaltungsbeamten — ich möchte da keine besondere Namen nennen; das ist nicht nötig, denn da gleicht einer dem anderen — noch weit schlimmer sind als damals. Ich bin der Meinung, daß unter dem gegenwärtigen System deutsche Volksgenossen, die nicht das Glück haben, in Preußen geboren zu sein oder dem Reichsverband anzugehören, weit übler und stärker verfolgt werden, als selbst damals irgend ein Deutscher im reaktionären Preußen verfolgt worden ist.

Wenn der Freiherr vom Stein Verfolgungen erlitt, der in Nassau geborene Reichsdeutsche, so möge Herr Severing heute zur Kenntnis nehmen, daß unter seiner eigenen Verwaltungsbürokratie in letzter Zeit außerordentlich viele Deutsche, die aus Sudetendeutschland, aus Siebenbürgen und aus anderen deutschen Gegenden nach Preußen eingewandert sind, die hier in Arbeit und Brot stehen, und die selbstverständlich als Deutsche der Meinung sind, daß sie auch ihrer politischen Ansicht Ausdruck geben können, — daß diese vielen Deutschen, weil sie Nationalsozialisten sind, aus Preußen ausgewiesen worden sind, nachdem man sie langsam brotlos gemacht und zur Strecke gebracht hat. (Hört, hört bei den Nationalsoz.) Die Sozialdemokratie behauptet auf der anderen Seite, sie vertrete einen großdeutschen Standpunkt, und einer der führenden Parteigenossen des Herrn Ministers des Innern in Preußen, der Reichstagspräsident Paul Lobe steht ja an der Spitze irgendeines Bundes, der Deutsch-Osterreich mit Deutschland vereinigen will. Das ist vielleicht ein kleiner Anfang. Deutsch-Osterreich allein würde uns nicht genügen. Das Sudetendeutschtum mit seinen vier Millionen hat genau denselben Anspruch darauf, mit dem Reiche vereinigt zu werden, wie die 7 Millionen Deutsch-Osterreicher. (Zurufe von den Kom.) — Meine Herren von der kommunistischen Fraktion, ich möchte Ihnen von vornherein sagen, daß ich nicht die Absicht

habe, mich mit Ihnen zu unterhalten. (Erneute Zurufe b. d. Kom.) Ich will Ihnen von vornherein sagen, daß ich lediglich die Absicht habe, zu politischen Dingen zu sprechen, und dazu rechne ich Sie nicht. — Ich stelle folgendes fest: Die gegenwärtige preussische Regierung, auch das gegenwärtige preussische System verfolgt aus rein nationalpolitischen Gründen deutsche Volksgenossen, die aus der Tschechoslowakei, aus Rumänien oder anderswoher in Preußen unterzukommen suchen. Daselbe System aber befördert z. B. jüdische Zeitgenossen wie Ledjessi und Hilferding, die aus den Nachfolgestaaten des alten Osterreich eingewandert sind, in die höhere Verwaltung hinein. Dagegen erheben wir Nationalsozialisten Einspruch. Ich möchte weiter feststellen, daß vor kurzer Zeit z. B. ein Deutscher aus dem Baltensland, Arno von Bötticher, der in der deutschen Armee für das Deutschtum gedient hat, und der damals vom alten preussischen Staate, entgegen der heutigen Behauptung des Herrn Figner in Frankfurt, in Preußen naturalisiert worden ist, in diesen Tagen wegen seiner politischen Einstellung ausgewiesen worden ist. (Hört! Hört! b. d. Natsoz.) Der Betroffene ist im Jahre 1929 ohne Einspruch der Behörde in den Kreis des Kreises Crossen gewählt worden. Arno von Bötticher hat auf Grund seiner preussischen Staatszugehörigkeit 12 Jahre lang an allen öffentlichen Wahlen in Preußen teilgenommen, hat also seine Stimme als eingeschriebener Wähler abgeben können. Jetzt hat der Sozialdemokrat Figner gegen ihn die Ausweisung verfügt, weil angeblich vor 13 Jahren die Naturalien dieses deutschen Soldaten aus dem Baltensland nicht ordnungsmäßig vollzogen sei. (Hört! Hört! b. d. Natsoz.) 13 Jahre hat also ein Deutscher in diesem Preußen leben können, um erst in dem Augenblick, wo er einem Menschen wie Figner unangenehm wurde, die parteipolitische Rache, (Fortsetzung letztes Blatt.)

Der Kalender des Nationalsozialisten
„Der Standartenkalender 1931“
 der schöne Bildkalender RM 3.—
„Das nationalsozialist. Jahrbuch 1931“
 Der praktische Taschenkalendar, das unentbehrliche Nachschlagebuch in Leinen gebunden RM 1.80 zu haben in der Völkischen Buchhandlung P 5, 13a

Alpina-Uhren Goldwaren Trauringe Bestecke Grammophone u. Platten
Adam Dell
 Weinheim a.d.B. Hauptstr. 116 13

Friedr. Vogler
 Elektr. Licht- und Kraft-Anlagen
 Sanitäre Anlagen / Heizungen
 Weinheim, Sulzbacherlandstr. 3

Besuchen Sie das
Passage-Restaurant und Kaffee zum Löwenrachen
 Karlsruhe — Gut bürgerl. Gaststättin.
 Verkehrslokal der N.S.D.A.P.

MUSIK METZ
 Weinheim Hauptstr. 135 b. Petersplatz
 Alle Musik-Instrumente und Musikalien

Karl Vogler WEINHEIM
 Herren- und Damen-Friseur
 Spezialität: *Stuhlpflege, Exkl. Herren-Galierung, Toilette-Artikel*

Strumpfwaren Handschuhe
 Damen-, Herren- und Kinderwäsche
 Strick- u. Häkelwolle
Karl Kainling
 Weinheim a.d.B. Bahnhofstr., Hauptplatz

Georg Randoll
 Weinheim Hauptstraße 99
 Handarbeiten Herren- u. Damenwäsche Strümpfe, Handschuhe Krawatten und Taschentücher Modeartikel 21

Schuhe
 nur im **Schuhhaus RIESS**
 Weinheim a.d.B. Hauptstr. 102, am Rathausplatz

Drogerie Wilh. Kreis · Weinheim
 Fernsprecher Nr. 337 / Nördliche Hauptstraße 63
 Colonialwaren · Drogen · Chemikalien · Farben
 Lacke, Parfümerien, Toilette-Artikel, Nähr- und Kräftigungsmittel, Maschinen-Öle und -Fette Spirituosen, Liköre und Weine. 25

Qualitäts-SCHUHE
 kauft man am besten im Schuhhaus
Sattler WEINHEIM
 Hauptstraße 142
 Eig. Mal- u. Reparaturwerkstatt

Hockenheim
 billige **Wurst- und Fleischwaren**
 liefert die Filiale
KOPF

Sonder-Angebot
 für Pg. rein **Kammgarn-Stoff**
 farbecht, RM **9.50** per Meter
 Verlangen Sie Muster von:
P. M. Werner, Cottbus
 Tuchfabrik und Versand 55

Bergstraß-Drogerie
 Kolonialwaren / Kaffee / Tee / Gewürze Drogen / Farben und Chemikalien Verbandsstoffe 54
Martin Busch
 Schriesheim a. d. B. am Bahnhof

Ed. Wilhelm Kaiser
 Zivilingenieur
 Asbest- u. Gummiwaren, Dichtungsplatten Stopfbüchsen- und Pumpen-Packungen Schläuche jeder Art, Treibriemen Riemenverbinder, Riemenscheiben, Oele Fette, Putzwolle, Farben, Lacke
FEUERWEHR-AUSRÜSTUNGEN
 Heidelberg, Brückenstraße Nr. 6 / Fernruf 3582 52

Kauft Euere Lektüre
 in der **Völkischen Buchhandlung**

Jianos Flügel
 von **„Ibach · Steinway**
Harmoniums (Hinkel Ulm)
 Durch Mietspäter käuflich, Musikalien, alle Musikinstrumente billig vom 67
Pg. Hugo Reiher, Heidelberg
 Fachmännische Beratung! Brückenstraße 8

Unser **TOTAL-AUSVERKAUF**
 in **Ski-Sport- und allen Sport-Artikeln**
 wegen Aufgabe dieser Abteilung **Sportmäntel, Gummi- und Loden-Mäntel, Sport-Trench-Coats, Tennis-Schläger, Fußballbälle, Fußballstiefel usw.**
 hat begonnen.
 Auf die bisherigen Preise gewähren wir bis zu **50% Rabatt**
HILL & MÜLLER
 Kunststraße N 3, 11-12 66

Der **Nationalsozialist**
 tätigt seine **Einkäufe**
 nur in **Deutschen Geschäften**
Hüte Mützen
 für Herren und Knaben!
 Neueste Formen u. Farben!
A. Volk, Weinheim
 Hauptstraße 102 17

Hitler, eine deutsche Bewegung
 von E. Czech-Jochberg
Der Völkische Beobachter schreibt:
 „In erschütternder Eindringlichkeit laut der Verfasser des Werk unsere Führer auf, zeigt, wie aus bitterer Jugend und hart erkämpften Erkenntnissen das Wissen und Wollen zu der großen Mission erwacht.“
 Leinen gebunden RM 3.90, broschiert RM 2.85 zu haben in der Völkischen Buchhandlung P 5, 13a

Das Programm.

Ein Krebsgeschwür aller bisherigen Parteibildungen liegt u. a. in der Tatsache, daß sie nicht mehr Mittel zur Durchführung von dem Volke dienender Bestrebungen, sondern schon Selbstzweck geworden sind. Scharen von am Bestande der parlamentarischen Parteien Interessierter tragen heimerlei wirkliches Verlangen an der Durchführung gesunder Gedanken, da sie von der Unzufriedenheit leben. Sie dürfen also keine Programmerrückführung lebensstärkender Ideen anstreben, da dieses ihr Ende bedeuten würde. So wurde denn auch aus diesem Grunde die Unzufriedenheit der Massen immer von neuem geschürt und immer neue Forderungen wurden aufgestellt, deren Unerfüllbarkeit den Fordernden selbst ganz genau bekannt war. Die Parteien waren nicht mehr dienende Organe im Volksorganismus, sondern zu selbständigen Staaten im Staate geworden.

Die Rettung Deutschlands liegt in der Zertrümmerung des demokratisch-marginalistisch-plutokratischen Gößen. Das ist das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung und ihr Bestreben, die Ursachen, die zur Herrschaft des jüdisch-mammonistischen Geistes führten, zu beseitigen und dem ganzen Volke eine neue Richtung zu geben. Nicht so sehr neue Gedanken sind nötig, als neues Denken überhaupt. Ist dies gelungen, hat die völkische Staatsauffassung und Weltanschauung gefestigt, dann hat auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihre Sendung erfüllt und kann vom Schauplatz abtreten. Das was heute Kampfruf ist gegen alle Mächte der Zeit, wird dann die Grundlage für alle neuen Gebilde des ewig pulsierenden Lebens werden. Diese kann und will der Nationalsozialismus nicht vorausbestimmen, da auch nicht abzusehen ist, wann und unter welchen innen- und außenpolitischen Bedingungen das kommende Großdeutschland eine Tatsache geworden sein wird. Grundfähig aber kämpft er für die Durchführung von 25 Thesen und verwirft die Unsterblichkeitserklärung einer politischen Partei als solcher.

Deshalb steht am Anfang des Programms die Erklärung:

„Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.“

Wirken selbstverständlich auch in weit entfernten Zeiten der Geschichte Europas rassistisch-nationale Energien, so war es doch für eine jahrhundertelange Epoche die bezeichnendste Tatsache, daß dieser völkische, mehr oder weniger scharfe Instinkt in den Dienst einer internationalen religiösen Idee gestellt wurde, der gegenüber das nationale Wesen zurückzutreten hatte. Der religiöse Kampf war eine lange Zeit hindurch die Lösung, mögen sich auch noch so oft hinter ihr andere Triebe versteckt gehalten haben. Die geschichtliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte ist nun in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß das nationale Element immer bewußter vor das konfessionelle gestellt wurde und daß dies die Bildung der europäischen Nationalstaaten zur Folge hatte. Das Volkstum rein als solches wuchs im Bewußtsein von Millionen zu einem Wert an sich heran, was die Forderung ergab, diesem Werte — und sollte er auch nur von einer geringen Anzahl Menschen vorgestellt werden — eigene Würde und Selbstbestimmung zuzuerkennen.

Die politischen Mächte, denen Deutschland in erster Linie sein heutiges Unglück verdankt, hatten diese geistige Einstellung zahlloser sonst so verschiedener Menschen sehr wohl erkannt und, skrupellos zwar, aber zielbewußt, in ihre Programme den „Kampf für die unterdrückten Völker“ miteinbezogen. Gleich diesen in den Demokratien des Westens herrschenden Kräften hatten auch ihre scheinbaren Todfeinde, die marxistischen Parteien, die Forderung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ aufgestellt.

Das deutsche Volk hat an diese Versprechungen geglaubt und wurde in brutaler Weise seines Selbstbestimmungsrechts beraubt. Es hatte nicht einsehen wollen, daß diese scheinbar so dem Sehnen aller entsprechenden Forderungen in diesem Falle eine Lüge sein mußten, weil die Worte aus dem Westen Prägungen der Organe des internationalen Kapitalismus waren, vertreten

durch die alle Staaten beherrschenden Banken und Börsen samt den von ihnen abhängigen Parlamenten, Regierungen und der Presse. In Moskau aber regierten später Apostel der Weltrevolution, deren Ziel es war, alle Völker unter die Herrschaft einer einzigen Idee — der kapitalistisch-kommunistischen — zu zwingen. Deshalb war das Wort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nur ein willkommenes Mittel, den Gegner innerlich zu zerfetzen, um ihn dann in den Dienst einer ihm todschädlichen Idee zu stellen.

Dieser Weltbetrug am deutschen Volke — und nicht nur am deutschen — kam also durch Verfälschung einer Weltanschauung zustande, wie sie mehr oder weniger deutlich im Herzen aller Europäer lebendig war. Gegen diesen, allem andern Unheil zugrunde liegenden Betrug richtet sich in erster Linie das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Denn aus dem Rassegedanken heraus ist erst der Gedanke des echten Volksstaates Wirklichkeit geworden. Er ist heute der letzte Maßstab unseres gesamten irdischen Handelns. — Die Zweifelt alles Menschlichen äußerte sich in früheren Zeiten unter den Schlachtrufen Christentum — Heidentum, Katholizismus — Protestantismus, Monarchie — Republik. Heute heißt sie Völkisch — International. Diese Entscheidung liegt auch der nationalsozialistischen Bewegung zugrunde und bildet den Ausgangspunkt aller Programmpunkte und politischen Maßnahmen.

Die nationalsozialistische Bewegung erkennt und fordert, daß gleiches Blut und gleiche Sprache und gleiche Kulturüberlieferungen auch einen Staat bilden müssen. Und wenn sich im Bilden solcher Staaten Streitigkeiten mit Nachbarvölkern ergeben sollten, so wissen jedenfalls beide Teile, daß sie für ihre völkischen Notwendigkeiten kämpfen und sich nicht im Interesse einer internationalen Idee (sei es einer demokratischen oder kommunistisch-internationalen) oder dunkler Börsenherren, d. h. zum besten Dritter, gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Aus diesen Erkenntnissen heraus lautet der erste Punkt des Programms: „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland.“ (Fortf. f.)

Gummiwaren

BETTSTOFFE
in bestbewährten Qualitäten

Artikel zur
**Kranken-
Wöchnerinnen-
Säuglingspflege**

Hygienische und sanitäre Artikel
**Gummistrümpfe, Leibbinden
Verbandsstoffe, Wachstuche**

Sport- u. Spielwaren

Georg Hoffmann

Mannheim D 1, 1
Telefon 22192

Alle zu Bergdolt

Das Haus
der guten
Qualitäten

Paletot

mit Samtkrag.
g.a. Seide 76.-

48.-

Anzug

unsere solide
Qualität

45.-

Kinder- Mantel

mit Pelzkragen

15.-

Feine Maß- Schnelderei

Rauchjacken

Lodenjoppen
Hosen



Das Haus
der billigen
Preise

Mantel

flotte Form mit
Ringsgurt 68.-

52.-

Anzug

blau
Kammgarn

72.-

Kinder- Anzug

schöne Form

12.-

Herren- Stoffe

im Ausschnitt

Strickwesten

Pullover
Cachenez

W. Bergdolt

H 1,5 MANNHEIM H 1,5
Gegr. 1871

Photo-Apparat

das schönste Geschenk, jetzt so billig wie
noch nie. — Größte Auswahl am Platze.

Breunigs Photo-Centrale
Mannheim O 6, 4 (enge Planken)

Sämtliche landwirtschaftliche

Maschinen

auch Heuschüttler, Herde, Wägen
Futterdämpfer etc.

Alb. Jhrig-Behrle, Pg.
Mannheim

Nationalsozialisten!

Kauft nur bei Parteigenossen!

Versende allerfeinsten garantiert reinen
Bienenhonig netto 9 Pfd. M. 10.50, 5 Pfd.
M. 6.55, u. 5 Pfd. Heideschmelzhonig zu
M. 9.— frei Haus einschl. Porto und Ver-
packung. Bei Nichtgef. kostenl. Zurückn.

Gerh. Ripken

Edewecht 50 (Oldenbg.)

Spezialhaus
für Leinen, Wäsche, Herrenhemden, Trikotagen etc.
Carl Morjé
(Inh. Silber)
MANNHEIM Q 1, 17-18.

Tapetier-Arbeiten, Auf-
arbeiten und Neuanfer-
tigung von Polstermöbel
und Matratzen, Zimmer-
tapetezen billigst. 69
Chaiselongues v. RM 30 an
W. FREY
Luisenring 62 (Zollhof).

Soyez
Optik Photo
MANNHEIM
R 3, 1 Mittelstr. 36
Lieferant sämtl. Krank-
kassen. Jedes Armband-
uhrglas 50 Pfg.

Lederwaren
Koffer
B. & E. Walter
MANNHEIM
Jungbuschstr. 8

J. LOTTERHOS
MANNHEIM
P 1, 5 (Ecke)
Uhren, Goldwaren
Bestecke, Trauringe

BURSTEN
nur bei
gegründet
1880
MANNHEIM
P 3, 4

C. Speck 1 Posten
Herabgesetzte
Woldecken
C 1, 7 — am Paradeplatz
Wäsche-Sonderhaus die z. T. durch den Umbau gelitten
haben.

EMIL A. HERRMANN
Herren- und Damen-Konfektion,
Herren- u. Damenstoffe, Wäsche,
Aussteuer, Schlaf- u. Steppdecken
M O B E L
Korbmöbel · Chaiselongues
Eigene Polsterwerkstätte.
Fernruf 53086 **MANNHEIM** Stamitzstr. 15

Dr. Theo Malade:
Von Amiens bis Aleppo
Aus dem Tagebuch eines Feldarztes.
Geb. RM 3.80. Gebunden RM 5.—
Aus dem Inhalt: Durch Belgien. — In Ge-
fangenschaft. — Wieder ausgetauscht. — Bei
Acras. — Im Osten. — Nach Palästina. —
Gegen den Suezkanal. — Nach Mesopota-
mien. — Beim Stab der Dardanellenarmee
in Vandenma. — Im Flugzeug nach Mosme.
— Armeniergrenel. — Türkische Zustände. —
Lazarettendienst in Aleppo.

**Wir von der
Infanterie**
von Friedrich Lehmann.
Geb. RM 3.—, Geb. RM 4.50.
General Otto von Below:
„Nicht erbebend, bald nieder-
brüchend, aber immer wahr-
heitsgemäß, das wir in tiefer
Ehrfurcht sprach werden . . .
und das in so entsprechender
Form.“

R. Walter Darré:
Neuadel aus Blut und Boden
Geb. RM 5.80. Geb. RM 7.—.
Es ist Darré gelungen, mitten im Verfall der
sittlichen und kulturellen Welt neue Wege für
die Wiedererstarkung des deutschen Volkes zu
zeigen. Wege, die wirklich gangbar sind. Klarheit
Überlieferung und klares Verständnis für Lebens-
notwendigkeiten unseres Volkes haben den Ver-
fasser zu diesem Werke geleitet. (Der Angriff)
J. F. Lehmanns Verlag, München.
Zu haben in der Völk. Buchhandlung P 5, 13 a.

Christian Feit
Elektrische Licht-, Kraft-
und Schwachstromanlagen
Beleuchtungskörper, Staubsauger, Gasherde,
Koch- und Heizapparate äußerst billig.
Ratenzahlung auch übers Gaswerk.
Telefon 22497 Büro: K 4, 18

Heinrich Kinna
F 1, 7a
Deutsche Tafelbutter
Pfund 1.60
ff. Emmentaler
¼ Pfund 0.35

Essiggurken
kauft man am
besten beim
Gurken-Erfeld
auf d. Wochenmarkte

Zigarren-Haus Huckele
en gros Fabrikniederlage en detail
Weinheim a. d. B.
Hauptstraße Nr. 105

Lumberjack!
Pullover, Strickwesten,
Handschuhe,
Sportstrümpfe,
Filzgaschen
Huthaus Merkur
G. Pfeiffer Ww.
Weinheim, Hauptstraße 35

Neu erschienen:
Heft Nr. 22 der Nationalsozialistischen Bibliothek
„Praktische Kulturarbeit im dritten Reich“
Heft Nr. 23 der Nationalsozialistischen Bibliothek
„Unser Grenz- und Auslands-Deutschtum“
Jedes Heft RM —.70 zu haben in der Völkischen Buch-
handlung P 5, 13 a

**Das Antlitz des
Weltkrieges**
zusammengestellt von Ernst Jünger mit
vielen Photographien in schönem Ganz-
leinenband für nur RM 4.80 zu haben in
der Völkischen Buchhandlung P 5, 13 a

Unserer werten Kundschaft
Freunden und Bekannten
entbieten wir zum neuen Jahr
Herzliche Glückwünsche
12 **Familie Gg. Fletterer, Weinheim**

Zur Gesundheit, zum Licht!
durch Lebens-Reform!
Besuchen Sie bitte das 1. Weinheimer
Reformhaus Biebach
Hauptstraße 129

Spezialgeschäft für gesunde Nahrung. Ohne Kauf-
zwang. Artikel zur natürlichen Lebens- u. Heilweise.
Körperpflege, Schrifttum. Kostl. Beratung u. Auskunft.

Fertige Betten und Kinder-Betten
Matratzen, Bettbarchent, Bettfedern,
Schlafdecken, Leib-, Bett- und Tisch-
wäsche, Leinen und Baumwollwaren
etc.

kaufen Sie gut und billig bei
Carl Kemmler, Weinheim
Spezial-Betten- und Ausstattungsgeschäft — Bahnhofstr.

CARL WILD
am Marktplatz
WEINHEIM a. d. B.
Das Haus der großen Auswahl und guten
Qualitäten
Manufaktur- und Modewaren
Damen-, Herren- und
Kinder-Bekleidung.

Adam Scheuermann
fabrikation feinstes
Fleisch- und Wurstwaren
Weinheim a. d. B.
Bahnhofstr. 6 / Telefon 167

Huthaus Durrer
WEINHEIM, Hauptstr. 126
Damen-Hüte / Herren-Hüte
Mützen und Schirme
Herren-Hemden

benfien
Gemei
gegen
Abfu
1930
gebrac
sie fin
tribut
lich vi
aus de
damit
die st
wahn
fähig
Eribu
gegen
eignet
Siehe
so gib
den v
Anträ
Haus
ordnu
denke
der R
Notve
und d
gegen
schwa
verlan
die fo
1. Die
vor
öffn
die
2. Mi
ma
3. Mi
wi
St
4. W
unt
5. M
So
L
verord
stellte
einzel
— ab
munif
sich d
zu hal
bring
daj d
zur E
stim
ler
folg
n
n
der E
munif
feits
Tribu
listen
Tribu
und E
find.
daj d
mitt
die B
bar.
Vorj
Berm
Beip
betrag
sich z
anlage
100 00
vorrä
Rohst
gabe
mögl
inlän
und
Belaft

Der politische Wetterwinde!

Die Totengräber.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für Krankensteuer, Arzneisteuer, Bürgersteuer, Gemeindefördersteuer, Gemeindegetränkesteuer, Klotopfer und Lebzigensteuer und gegen Winterbeihilfe für die Hungernden und Frierenden.

NSD. Am 6. Dezember fand im Reichstag die Abstimmung über die Tributnotverordnungen vom 26. Juli 1930 und vom 1. Dezember 1930 und über dazu eingebrachte kommunistische Änderungsanträge statt.

Die Notverordnungen sind Tributnotverordnungen; sie sind erlassen worden, um das Reich auf weite Sicht tributleistungsfähig zu gestalten. Sie sind bestimmt, jährlich viele hundert Millionen Reichsmark mehr als bisher aus dem deutschen Wirtschaftskörper herauszupressen, um damit fortgesetzt die Reichshaushaltslöcher zu stopfen, die sich in immer größeren Ausmaßen aus der Tributwahnsinnspolitik und aus der innerwirtschaftlichen Unfähigkeit der Leute des heutigen Systems ergeben.

Wir Nationalsozialisten sind unerbittliche Gegner der Tributwahnsinnspolitik. Daraus ergibt sich, daß wir gegen alle Maßnahmen stimmen, die bestimmt oder geeignet sind, dieser Tributwahnsinnspolitik zu dienen. Stehen solche Maßnahmen im Reichstag zur Beratung, so gibt es für uns nur schärfste Ablehnung oder, wie bei den verfassungswidrigen diktierten Notverordnungen, nur Anträge auf Außerkräftigung. Wir haben bereits im Haushaltsausschuß bei der Behandlung der Tributnotverordnung vom 26. Juli 1930 erklärt, daß wir nicht daran denken, Änderungsanträge einzubringen und dadurch etwa der Regierung Winke zu geben, die Erbitterung, die diese Notverordnung in der Bevölkerung hervorgerufen hat und die weitere Millionen von Volksgenossen in Front gegen dieses Tributwahnsinnssystem gebracht hat, abzuschwächen.

Die Kommunisten brachten einen Antrag ein, der verlangte, die Tributleistungsfähigkeit des Reiches durch die folgenden Maßnahmen zu sichern:

1. Die Höchstgrenze für alle Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen beträgt jährlich 8000 RM, die Höchstgrenze für alle Pensionen 6000 RM.
2. Alle Vermögen über 500 000 RM werden einer einmaligen Steuer von 20 v. H. unterworfen.
3. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 v. H. unterworfen.
4. Alle Aufsichtsrats-Tantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 v. H.
5. Alle Einkommen über 50 000 RM werden mit einer Sondersteuer von 20 v. H. jährlich belegt.

Unsere oben dargestellte Einstellung zur Tributnotverordnung gebot uns, diese zur Tributnotverordnung gestellten Anträge — ohne Rücksicht darauf, wie wir zu einzelnen der vorgeschlagenen Maßnahmen an sich stehen — abzulehnen. Für diese Anträge haben nur die Kommunisten und die Sozialdemokraten gestimmt, die glauben, sich dadurch ein gutes Propagandamaterial geschaffen zu haben. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, bringt in Nr. 577 vom 10. Dezember 1930 die Tatsache, daß die Nationalsozialisten gegen die bezeichneten Anträge zur Sicherung der Fortsetzung des Tributwahnsinns gestimmt haben, unter der fetten Überschrift:

„107 Nazis schlugen das Kapital!“

Sie versuchen, durch dieses Schlagwort ihre Wähler von der Wirklichkeit abzulenken, die wir in den folgenden Satz zu kleiden haben:

„Sozialdemokraten und Kommunisten schlugen die Interessen der Tributgläubiger und der internationalen Großfinanzhagynen, und Nationalsozialisten schlugen die deutsche Produktion und die darin stehenden schaffenden Belegschaften!“

Um nichts anderes als um dieses handelt es sich in der Stellungnahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten einerseits und der Nationalsozialisten andererseits zur Frage von Maßnahmen, die bestimmt sind, der Tributwahnsinnspolitik zu dienen. Wir Nationalsozialisten lehnen alle Maßnahmen, die bestimmt sind, der Tributwahnsinnspolitik zu dienen, ab; die Kommunisten und Sozialdemokraten schlagen Maßnahmen, die bestimmt sind, das Reich tributleistungsfähig zu gestalten, vor.

Die Kommunisten und Sozialdemokraten vergessen, daß durch einige ihrer Vorschläge die werktätigen Massen mittelbar in der gleichen Weise getroffen werden, wie die Vermögensbesitzer und Einkommenbezieher unmittelbar. Wir denken hier an die Vorschläge 2 und 3. Der Vorschlag 2 verlangt eine einmalige Besteuerung aller Vermögen über 500 000 RM in Höhe von 20 v. H. — Beispiel: Der Gesamtwert einer Industrieunternehmung beträgt eine Million Reichsmark. Diese eine Million setzt sich zusammen aus 900 000 RM Anlagekapital (Fabrikanlagen, Maschinen, sonstige Einrichtungsgüter) und 100 000 RM Betriebskapital (Warenvorräte, Rohstoffvorräte, Außenstände usw., abzüglich der Schulden an Rohstofflieferanten, Warenlieferanten usw.). Eine Abgabe von 20 v. H. dieser Million wäre nur dadurch möglich, daß die Unternehmer die 200 000 RM bei einer inländischen oder ausländischen Bank gegen Provisionen und Zinsen leihen. Das würde zu einer hypothekarischen Belastung der Fabrikanlagen mit 200 000 RM, zu einer

Erhöhung des Ankostenkontos um jährl. etwa 20 000 RM und zu einer Schwächung des Kredits dieser Unternehmung führen. Die Erhöhung des Ankostenkontos würde auf die Löhne drückend wirken und im Zusammenhang mit der Schwächung des Kredits zum finanziellen Zusammenbruch der Unternehmung und zu Arbeiter- und Angestelltenentlassungen oder zur Verschiebung dieser Unternehmung in den Verfügungsbereich inländischer oder ausländischer Bankhagynen führen. Die schaffende Belegschaft würde in jedem Fall die einmalige Sonderbesteuerung dieser Unternehmung mit 200 000 RM schwer zu spüren bekommen. In den meisten Fällen würde sich eine solche Sonderbesteuerung in Höhe von 20 v. H. des Vermögens in Stilllegung der Produktionsstätte und somit in der Vergrößerung des Arbeitslosenheeres und der Not und des Elends der werktätigen Massen auswirken.

Der oben abgedruckte Antrag 3 verlangt eine 20% ige Einkommenssonderbesteuerung nicht nur der Dividenden, — wogegen wir durchaus nichts einzuwenden haben, im Gegenteil, wir werden diese Forderung in Form eines eigenen Antrages, der nicht bestimmt sein wird, der Tributnotverordnung zu dienen, wiederholen —, sondern auch aller sonstigen Gewinne aus gewerblichen Unternehmungen. Darunter fallen also auch die Gewinne aus öffentlichen Handelsgesellschaften, aus Kommanditgesellschaften und aus Einzelunternehmungen. Jeder Gewerbetreibende, der heute bereits unter der ungeheueren Gesamtsteuerlast zusammenbricht oder zusammenzubrechen droht, würde mit einer Sondereinkommensteuer von 20 v. H. belastet werden. Das würde das Ende fast aller gewerblichen Unternehmungen überhaupt bedeuten. Die Gesamtsteuerlast, die auf der einzelnen gewerblichen Unternehmung ruht, beträgt heute bereits durchschnittlich 50 bis 70 v. H. des Ertrages. Würde diese Last auf 70 bis 90 v. H. erhöht werden, so würden die meisten Gewerbetreibenden zur Veräußerung von Anlagegegenständen des gewerblichen Betriebes schreiten müssen, um zu Mitteln zu kommen, deren sie zur Bestreitung ihrer Lebensunterhaltung bedürfen. Und somit auch hier finanzielle Vernichtung und Stilllegung von Betriebsstätten, Entlassung von Arbeitern und Angestellten, Vergrößerung des Arbeitslosenheeres und der Not und des Elends.

Gegen den Antrag 4 (Sonderbesteuerung der Aufsichtsrats-Tantiemen mit 20 v. H.) und gegen den Antrag 5 (Erhöhung des Einkommenssteuerjahres bei Einkommen von mehr als 50 000 Reichsmark jährlich) haben wir an sich durchaus nichts einzuwenden, nur können wir solche Anträge nicht stellen oder befürworten, wenn sie darauf abgestellt sind, der Tributwahnsinnspolitik zu dienen, sondern nur, wenn das Aufkommen aus diesen Steuern bestimmt ist, Steuern, die auf Arbeit, Gewerbe

oder Landwirtschaft lasten, zu senken. Der Antrag 4 stellt übrigens eine alte Forderung der Nationalsozialisten dar. Wir haben diese unsere Forderung in Gestalt eines entsprechenden Antrages neuerdings unterstrichen. Für den kommunistischen Antrag konnten wir nicht nur deshalb nicht stimmen, weil er ein Änderungsantrag zur Tributnotverordnung war, sondern auch deshalb nicht, weil über die Anträge 1 bis 4 nicht einzeln, sondern insgesamt abgestimmt wurde. Das gleiche gilt von dem Antrag 5.

Und nun fordern wir das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei — den „Vorwärts“ — auf, seinen Lesern auch die folgenden Tatsachen zu unterbreiten:

1. Die Sozialdemokraten haben am 2. Dezember im Haushaltsausschuß gegen unseren Antrag auf Außerkräftigung der Krankensteuer und der Arzneisteuer gestimmt und diese ihre Stellungnahme am 6. Dezember im Plenum bestätigt.
2. Der „Vorwärts“ hat in Nummer 333 vom 19. Juli 1930 betont: „Die Reichsregierung wird mit der Kopfsteuer, die der Reichsfinanzminister selbst als abenteuerlich bezeichnet hat, die Erfüllung dieser Aufgaben nicht fördern, sondern zerstören!“
Im Wahlauftrag der Sozialdemokratischen Partei vom 19. Juli 1930 lesen wir:
„Sie (die Regierung Brüning, Schriftlitz.) wollte neben anderen ungerechten Lasten eine Kopfsteuer verhängen, die allen Grundbesitzern steuerlicher Gerechtigkeit widerspricht und bisher nur Kolonialvölkern aufgezwungen wurde.“
Die gleiche Sozialdemokratie hat am 2. Dezember im Haushaltsausschuß gegen unseren Antrag auf Außerkräftigung dieser Kopfsteuer (Bürgersteuer) gestimmt und diese ihre Stellungnahme am 6. Dezember im Plenum bestätigt.
3. Die Sozialdemokraten haben am 2. Dezember im Haushaltsausschuß gegen unseren Antrag auf Außerkräftigung der Gemeindefördersteuer, der Gemeindegetränkesteuer, des Klotopfers (der Reichshilfe) und der Lebzigensteuer gestimmt.
4. Die Sozialdemokraten haben am 2. Dezember im Haushaltsausschuß gegen unseren Antrag auf Außerkräftigung der Bestimmungen über die Verschlechterung der Reichsverforgung und somit der Lage der Kriegsbeschädigten gestimmt.
5. Die Sozialdemokraten haben am 28. November 1930 im Haushaltsausschuß gegen den Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe an die Hungernden und Frierenden gestimmt.

Fritz Reinhardt, M. d. R.

Der Krösus.

Der Berliner Polizeipräsident Orzesinski hat 150 Beamten der Schuppolizei, die sich in den letzten Monaten „dienstlich ausgezeichnet“ hatten, ein Geldgeschenk mit einem eigenhändig unterschriebenen Brief übersandt.

„Dienstlich ausgezeichnet!“ Hat das etwas mit den Nazis zu tun? Da muß die republikanische Beschwerdestelle erst mal Richtlinien angeben. Wir empfehlen: Durch Geldurteile vorm Schnellrichter Schaffung eines Geschenkfonds. Für jeden Gummiknütteltrieb, der nachweislich Nazis traf RM 10.—. Bei besonderer Bewährung ein Bild der Längerin Daisy (die Säuopos sehen die schlanken Mädchenbeine genau so gern wie Leute in gehobenen Positionen), ein weiteres Bild vom Ehepaar Orzesinski mit den Insignien des Systems und zwei gekreuzten Gummiknütteln. Alle Mittel werden durch neue Steuern: „Republikanische Konsolidationssteuern“ aufgebracht. . . . Frei heut. hewo.

Cabinet der Frontsoldaten.

Lehtes Auftreten: Dr. Wirth persönlich
Am (linken) Flügel: Brüning & Co.

Abgesang
Melodie nach einem bekannten Volkslied

Morgen droht, morgen droht mir vielleicht des Bonzen Tod? Unter den Parteigenossen heute noch auf stolzen Rossen, morgen schon ein Pensionär!

Ach wie bald, ach wie bald schwindet Stellung und Gehalt! Wenn erst Hitlers Fahnen wehen, dann kann ich nach Hause gehen, ich und mancher Kamerad!

Darum still, darum still fäg' ich mich, wie Frick es will. Hier habt Ihr die zwei Millionen, und nun mögt Ihr mich verschonen! — Ach, die Rosen welken all'

Lynkeus.

Was wird hier gespielt?

Der französische Sozialist Caillaux hielt in Paris in einer Volksversammlung eine beachtliche Rede, in der er folgendes ausführte:

„Der Versailler Friede zerstückelt den europäischen Wirtschaftsorganismus und setzt an die Stelle eines gesunden Körpers ein unhaltbares System. Die Grenzen würden in diesem schlechten Frieden widerrechtlich und entgegen den elementaren Wirtschaftsgesetzen gezogen. Das Reparationsproblem wurde in der erbärmlichsten Weise behandelt.“

Hätte ich in Versailles mitsprechen dürfen, so würde ich den Deutschen gesagt haben, setzen wir uns an einen Tisch und stellen wir gemeinsam die Höhe der Reparationszahlungen fest.

Unsere Unterhändler aber gaben das Aufbaugesbiet den Spekulanten preis, die sich in unerhörter Weise bereicherten.

Die allgemeine Schuldenstreichung ist notwendig und eine europäische Wirtschaftsföderation der einzige Ausweg.“

Wir wünschen, daß Herr Curtius von diesen Erkenntnissen nicht gerade am Lago Maggiore überrascht wird (von wegen die Gesundheit!). Es muß doch immerhin peinlich sein für den Epigonen Stresemanns, nun ausgerechnet von einem Vertreter Frankreichs das hören zu müssen, was wir Nationalsozialisten seit 10 Jahren als möglich, Herr Curtius aber als lari-fari deklarierte.

Bei allem Pessimismus, den man als Deutscher auch einem „Caillaux“ entgegenbringen muß, eröffnet diese Rede von Caillaux genau so wie die Verlautbarungen von Heré und Lord Rothermere Perspektiven, die ein deutscher Außenpolitiker ausnützen würde dazu, daß es dem deutschen Volk besser ginge. Aber machen wir uns keine Illusionen, daß ein Kabinett Brüning mit einem Herr Curtius auch nur Haarsbreite von ihrer Pedanterie abginge und die heißt:

„Notverordnung, Zwangsmassnahmen, Zwangssteuern, Gummiknüttel nach innen und „Palmenwedel“ nach außen.“ hewo.

Werbt überall

für das Hakenkreuz-Banner!

Bestellungen beim Verleger und auf der Geschäftsstelle Mannheim, P. 5, 13 a.

Aus der Rheinebene

Die beleidigte Neue Mannheimer Zeitung.

Vor wenigen Tagen spielte sich vor dem Mannheimer Gericht ein Prozeß ab, der wohl einzigartig in der Zeitungsgeschichte dastehen dürfte. Ein Leser der N.M.Z., der schon 20 Jahre Abonnent war, bestellte dieselbe ab und schrieb auf Befragen den Grund seiner Abbestellung. In diesem Brief warf er der politischen Redaktion der N.M.Z. vor, „daß sie sich bewußt auf die Seite der Novembermänner stelle, daß sie kein Nationalgefühl besitze usw.“. Dies führte zur Verurteilung wegen Beleidigung.

Es ist Tatsache, daß die Neue Mannheimer Zeitung schon jahrelang die nationale Bewegung und insbesondere den Nationalsozialismus mitunter in einer Art und Weise bekämpft, die ihrer absolut bürgerlichen Einstellung und ihrer Baffermann'schen Tradition nicht entspricht. Besonders vor der Reichstagswahl schrieb die Neue Mannheimer Zeitung im selben Jargon, wie die marxistische Presse. Nach den Wahlen versuchten die Herren auf sachlichere Art den Nationalsozialismus zu bekämpfen, um in verfechteter Weise den Nationalsozialismus zu treffen. Dafür hat die Volkspartei die größte Schlappe bei den Wahlen erlitten, was die beste Antwort auf ihre Hezereien war. So wird eine Partei zur Splitterpartei in der Stadt liberaler Tradition. Einmal sind wir bauernfeindlich, ein andermal beamtenfeindlich, ein drittes Mal arbeiterfeindlich, — je nach Bedarf der Neuen Mannheimer Zeitung. Während der Zeit des Volksbegehrens wurde die gesamte nationale Bewegung in Deutschland lächerlich gemacht und der Youngplan gepriesen, obwohl die Herren heute von Revision und Unerfüllbarkeit reden. Jeder nationalgesinnte Mannheimer weiß, daß die N.M.Z. immer in den Reihen derer stand, die den Nationalsozialismus schärfstens bekämpfen.

Uns erinnert der Prozeß an eine Aufklärungsversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die im Mannheimer Palasthotel stattfand. Zu dieser Versammlung waren alle dem C.V. als zuverlässig bekannten Redakteure eingeladen. In der Versammlung selbst wurde beraten, wie der Natio-

nalsozialismus zu bekämpfen ist. Es wurden „Tipe“ gegeben, Material verteilt, und die Herren Redakteure wurden gebeten, nichts zu bringen, was Propaganda für die Hitlerbewegung sein könnte.

In dieser Versammlung war der Herr Chefredakteur der Neuen Mannheimer Zeitung, Herr Kurt Fischer. Das sagt uns genügend: Was die Juden vom C.V. sagten, wurde auch eingehalten, das kann man einwandfrei in der Presse feststellen. Vor der Reichstagswahl war die N.M.Z. mit in vorderster Front im Kampfe gegen den Nationalsozialismus. Vielleicht sehen wir uns wieder einmal in einer C.V.-Versammlung unter „zuverlässigen“ Redakteuren!

Interessant ist jedenfalls im Anschluß daran ein Recontre, das in diesen Tagen zwischen einer deutschen Zeitung, dem

„Fridericus“ und der Neuen Mannheimer Zeitung spielt. — Die Neue Mannheimer Zeitung schrieb:

„Da der „Fridericus“ gemeinhin eine nicht allzu lautere Quelle zu sein pflegt...“

Daraufhin schrieb der „Fridericus“: „Ich fordere die Neue Mannheimer Zeitung auf, den Beweis für ihre Behauptungen anzutreten. Tut sie es nicht —, und sie wird es nicht tun, weil sie es nicht tun kann... so sei ihr bescheinigt, daß sie in unverschämtester Weise wider besseres Wissen gelogen, also verteuundet hat.“

Die Neue Mannheimer Zeitung schrieb nach ihrem gewonnenen Beleidigungsprozeß gegen Herrn Keminger: „Die N.M.Z. läßt sich nicht beleidigen“. Deshalb dürfen wir gespannt sein, wann die N.M.Z. klagt. Für den Fall, daß die Neue Mannheimer Zeitung den betr. Artikel im Fridericus nicht gelesen haben sollte, schrieb der Stadtverordnete Quirin an die N.M.Z. einen Brief, in dem es am Schluß heißt:

„Ich nehme an, daß Sie Ihr Prinzip hochhalten, und sich auch in diesem Falle nicht beleidigen lassen werden. Ihre Leser werden wohl aus Ihrer öffentlichen Stellungnahme in diesem Falle ersehen können, ob Sie sich in diesem Falle beleidigen lassen müssen.“

Herr Chefredakteur, Sie haben das Wort. — Und viele Ihrer Abonnenten warten gespannt darauf.

a a.

Palasthotel.

Mannheim, den 29. Dezember 1930.

An den Stadtrat der Hauptstadt Mannheim.

Die Rathausfraktion der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei stellt folgende Anfrage:

Der Stadtrat wolle beantworten:

Zum neuen Jahre werden auf Grund der Ratverordnung neue Steuern eingeführt. Wir fragen an, was bisher mit unserem Gelde gemacht wurde.

Zunächst folgende Fragen: Wie groß ist das Gesamtdefizit des Mannheimer Palasthotels?

Warum wurde die Hotelverpachtung nicht öffentlich ausgeschrieben, wie sich das bei einem städt. Unternehmen gehört?

Wurde außer dem üblichen Pachtvertrag noch ein Geheimvertrag abgeschlossen? — Wurde dieser Pachtvertrag gemacht?

Warum wird er, nachdem er gemacht ist, nicht veröffentlicht?

Sollte es stimmen, daß die Stadt nicht einmal die Zinsen herauswirtschaftet, — ja, sogar daraufbezahlt?

Ist es wahr, daß die Stadt außer den RM 260 000 für Amortisation und Grundsteuern, den beiden Pächtern noch das Gas, die Heizung und die Beleuchtung bezahlt, ferner für die ganze Dauer des Vertrages, für das gesamte Mobiliar aufkommen muß?

Außerdem möchten wir wissen, warum das Hotel überhaupt gebaut wurde, wo doch von den Mannheimer Hoteliers der Stadt in einem Brief nachgewiesen wurde, daß ihre Hotels nur von 58—60 %, ja, einige sogar nur von 35—40 % belegt waren?

Der Stadtverwaltung wurden diese Fragen mitgeteilt, geantwortet hat diese bis heute noch nicht.

Wir ersuchen um baldige Antwort, die in jedem Falle im Interesse der Stadtverwaltung, der Umlagegelder und verschiedener Berufsstände liegt.

Feith, Dr. Orth, Kunkel, Störg.

Neu erschienen. Eine aufsehenerregende Enthüllung über die neudeutsche Justiz. Ein Buch, das jeder Deutsche besitzen muß:

„Gefesselte Justiz“

Politische Bilder aus Deutscher Gegenwart von Gottfried Barnow. Preis RM 3.60 brosch., Leinen geb. RM 5.—. J. F. Lehmanns-Verlag, München. Zu haben in der Bötkischen Buchhandlung, Mannheim, P 5, 13 u.

Von der Bergstraße

Zum Geleit!

Am heutigen Tage wird ein neues Banner in der Norddecke Badens entrollt, und da dürfen auch wir Weinheimer nicht fehlen als Träger und Schirmer des neuen Wahrzeichens der deutschen Freiheitsarmee.

Der Name Weinheim hat in Baden und darüber hinaus im Reich schon immer einen guten Klang gehabt. Als man anderwärts noch im süßen Dornröschenschlaf den Dingen entgegenträumte, haben hier schon früh aufrechte Männer und kampfesfrohe deutsche Jugend das Banner Adolf Hitlers entfaltet.

Weißt du noch, Kamerad, wie wir damals mit 6 oder 8 Mann zusammenfanden, glücklich ein Nebenzimmer gefunden zu haben, in dem man uns aufnahm. Wie wir nichts hatten als unseren Glauben, unseren Willen und die Erkenntnis von dem furchtbaren Niedergang unseres Volkes. Die Jugend war es, die zurst den Weg zu uns fand. Und als wir zum ersten Mal in der Windjacke den Bruchsal führen zum Deutschen Tag, da waren wir mit unseren 40 Mann schon eine Gruppe, die sich die Achtung von Freund und Feind erzwang.

Und wißt ihr noch, ihr alten Kameraden von der S. A., wie wir zum ersten Parteitag nach Karlsruhe fuhren und dort durch unsere Zahl und Strammheit Aufsehen erregten? Wie uns der Gauleiter für unser Auftreten und unsere Arbeit den Dank aussprach?!

Und ihr, die ihr heute unsere überfüllten Versammlungen seht, mögt bedenken, daß dieser Erfolg nur durch jahrelange intensive Arbeit erreicht werden konnte. Wer von uns Alten denkt nicht daran, daß Pg. Strasser, den wir kürzlich in der überfüllten Festhalle hören durften, einstmal in einer mehr wie schlecht besuchten Versammlung in der Eintracht sprach!

Glückliche Umstände haben der Weinheimer Bewegung innere Kämpfe erspart. Der Führergedanke, der von uns in seiner Bedeutung frühzeitig erkannt wurde, ging Führer und Gefolgschaft in Fleisch und Blut über. Wo Zwietracht gesät wurde, prallte sie ab an der eisernen Disziplin und Treue der alten bewährten Parteigenossen.

Die S. A. unter verantwortungsbewusster Führung stehend tat jahraus jahrein ihren Dienst, dem eisernen Befehl der Pflicht gehorchend, in enger Fühlung mit der politischen Leitung. Noch heute stehen die alten Kämpfer in der Front der S. A. als Vorbild für jüngere Kameraden und Wahrer unserer stolzen Tradition.

In gemeinsamer Front mit der S. A., mit ihr auf

Gedeih und Verderb verbunden, steht die S. S. Durch Strammheit und absolute Zuverlässigkeit hat auch diese Formation sich rasch das Vertrauen der übergeordneten Stellen erworben.

In neuerer Zeit entstand auch ein mächtig aufblühender Deutscher Frauenorden. Durch vorbildliche Leitung und begeisterte Mitarbeit konnte diese Frauenorganisation auf der einen Seite durch stille soziale Arbeit und dann durch die Veranstaltung einer Nikolausfeier für die Parteikinder und S. A.-Beschneuerung der Bewegung unschätzbare Dienste leisten.

Mit den Gemeindevahlen vom 14. Sept. sind wir durch 4 Stadträte und 21 Stadtverordnete die stärkste Partei auf dem Weinheimer Rathaus geworden. Unsere aus allen Ständen und Berufen zusammengesetzte Rathausgruppe wird nach bestem Wissen und Gewissen die Belange der Einwohnerschaft vertreten.

Die Neue Zeitung soll nun ein weiteres Bindemittel zwischen Partei, Anhängern und Wählern werden. Sie wird zu den Vorgängen, die die Weinheimer Bevölkerung interessieren, Stellung nehmen und so ein unentbehrliches Rüstzeug für jeden Freund und Anhänger der Bewegung in Weinheim sein. Sie soll mit dafür sorgen, daß Weinheim eine Hochburg des Nationalsozialismus bleibt, wie es der stolzen Tradition unserer schönen Stadt entspricht.

Nach den Wahlen.

Nachdem wir Nationalsozialisten mit 21 Mann die stärkste Fraktion auf dem Weinheimer Rathaus geworden waren, gab es kaum eine Möglichkeit, uns den vierten Stadtratsitz zu rauben. Die badische Gemeindeordnung begünstigt mit ihrem Berechnungsverfahren sehr stark die großen Parteien und Zentrum und Sozialdemokraten, die einst diese Gemeindeordnung geschaffen haben, haben wohl damals nicht daran gedacht, daß auch wir Nationalsozialisten einmal aus dieser Tatsache Nutzen ziehen könnten.

Jeder, der die Gemeindeordnung und das Ausrechnungsverfahren kannte, mußte sich auch darüber klar sein, daß wir Nationalsozialisten nicht in der Lage waren, an irgend jemand Stimmen abzugeben. Man kann nur Stimmen abgeben, wenn man welche übrig hat. Niemand konnte von uns verlangen, daß wir unseren 4. Stadtrat für eine andere Partei opfern würden und wir müssen die Vorwürfe, die gegen uns von gewisser bürgerlicher Seite offen und geheim erhoben werden, auf das Entschiedenste zurückweisen.

MUSIK
Platten Apparate Radio
Egon Winter
N 2, 12, Mittelstraße 9
MANNHEIM

Von anderer bürgerlicher Seite hatte man an unseren Kandidaten etwas anzufehen. Man fand es unerfreulich, daß keiner unserer Stadträte aus den sogenannten besseren Kreisen sei. Wir wollen dazu nur feststellen, daß man es schon uns überlassen muß, wen wir für fähig halten, unsere Bewegung im Stadtrat zu vertreten. Die Männer, die wir gewählt haben, sind Nationalsozialisten und werden an ihrem Platz ihre Pflicht tun. Davon sind wir überzeugt.

Für unsere Anhänger und Freunde, die Anregungen und Wünsche an unsere Stadträte weiterleiten haben, sei bekanntgegeben, daß jeder Stadtrat besondere Gebiete bearbeitet und bei entsprechenden Fällen Sachbearbeiter der Fraktion ist und zwar:

Pg. Oswald: Steuerfragen. Angelegenheiten des Mittelstandes, des Gewerbes und der Industrie. Außerdem als Fraktionsführer allgemeine politische Fragen.

Pg. Bechtold: Alle landwirtschaftlichen Fragen.

Pg. Bartels: Fürsorgewesen. Angestellten- u. Beamtenfragen. Bauwesen.

Pg. Bühler: Arbeiterfragen. Städt. Werke.

In Anbetracht der Wichtigkeit des Fürsorgewesens und der Kriegsbeschädigtenversorgung hat die Ortsgruppenleitung noch eine besondere Auskunftsstelle für diese Frage geschaffen, die von dem Parteigenossen Stadtverordneter Meyerhöfer betreut wird. Pg. Meyerhöfer steht unseren Freunden jederzeit zur Verfügung.

Herabsetzung der Stadtratsvergütungen.

Unsere Fraktion hatte für die erste Stadtratsitzung einen Antrag auf Herabsetzung der Stadtratsdiäten eingebracht. Da die Sitzungen des Stadtrates geheim sind, können wir nur melden, daß die Vergütung für einen Stadtrat in Weinheim pro Jahr 50 Pfennig beträgt. Wir freuen uns, einen derart vorbildlich sparsamen Stadtrat zu haben.

Gehälter der Gemeindebeamten.

Die Stadtratsfraktion hat sich auch in einem Antrag mit den Gehältern der Gemeindebeamten in den oberen Gruppen befaßt. Mangels gesetzlicher Möglichkeiten und durch die Ablehnung unserer Vorschläge durch den Gemeindebeamteneverband war unser Vorgehen nicht von Erfolg begleitet. Es wird die Aufgabe unserer Bewegung sein, durch entsprechende gesetzliche Neuregelungen in Land und Reich zu verhindern, daß ein badischer Bürgermeister mehr verdienen kann wie ein Minister in Braunschweig oder Thüringen.

Nährstand / Lehrstand / Wehrstand

Der Staatsfeind im Rundfunk.

NSD. Unter dieser Überschrift schreibt der Angriff: „Die Judenpresse ärgert sich giftig. „Skandal: Der Rundfunk gibt einem Staatsfeind das Wort“, so zitiert ein jüdisches Spätabendblatt. Es findet auf einmal die politische Zensur im Rundfunk unerhört und macht die merkwürdige Entdeckung, daß diese Zensur sich einseitig „gegen Republikaner und Linkspolitiker“ richte. Warum? Weil zum erstenmale in der Geschichte des Rundfunks, in dem sich bisher nur bürgerliche und marxistische Redner produzieren durften, ein Nationalsozialist zu Worte gekommen ist. Gottfried Feder hatte gestern abend ein Zwiegespräch mit dem Sozialdemokraten Nötling über das Thema: „Sozialismus und Nationalsozialismus“.“

Der Verlauf dieses Gesprächs zeigte eines klar: daß es keine Brücke gibt zwischen Materialismus und Idealismus. Für den marxistischen Professor Nötling war die Frage des Sozialismus ein reines materielles Problem und er stand deshalb Feders Ausführungen, daß der Sozialismus zuerst ein ethisches Problem, das Problem einer neuen Gesinnung, ist, vollkommen verständnislos gegenüber.

Nötlings „Sozialismus“ baut sich lediglich auf niedersten menschlichen Instinkten, in erster Linie dem Neid auf. Aber auf der Basis des Neides läßt sich niemals ein echter Sozialismus, eine Volksgemeinschaft, aufbauen. Gerade diese Ausführungen Nötlings zeigten wie recht Feder hatte, sich dagegen zu verwahren, daß man uns „sozialistische“ Tendenzen von dieser Art unterstelle.

Sozialismus im nationalsozialistischen Sinne ist, wie Feder darlegt, Dienst an der Volksgemeinschaft. Alles, was der Volksgemeinschaft nicht, ist sozialistisch. Auf dieser ethischen Grundlage stehend, erhebt Feder dann die Forderung nach Sozialisierung, d. h. Verstaatlichung des Leihkapitals, der Verkehrsmittel und der Trusts. Das Privatkapital, soweit es nicht zum Schaden der Volksgemeinschaft eingesetzt wird, soll dagegen selbstverständlich unangefastet bleiben. Auch das Streben des Proletariats geht ja schließlich nicht dahin, daß keiner etwas haben soll, sondern, daß er auch etwas habe.

Nötling stand dieser Grundauffassung natürlich verständnislos gegenüber. Er suchte immer wieder, die Diskussion ins rein materialistische Fahrwasser zu lenken, oder durch einige dialektische Kniffe unangenehme Wahrheiten zu parieren. Er wird damit auf die Härter wenig Eindruck gemacht haben. Den „Sozialis-

mus“ der Sozialdemokratie haben wir ja jetzt in 12 Jahren zur Genüge kennen gelernt.

Als Nötling das Problem der Wirtschaftsdemokratie anschnitt, verwies ihn Feder auf den 3. Januar, an dem ein zweites Zwiegespräch dieser Art stattfinden soll, da das Problem an diesem Abend zu weit führen würde. Das Ganze war für jeden Denkenden ein voller Sieg des Nationalsozialismus über den Marxismus.“

Wir fügen noch hinzu, daß Gottfried Feders Worte, die von echt nationalsozialistischem Angriffsgeist getragen waren, wie eine Fanfare klangen, während Prof. Nötlings letzte Worte eine Chamade waren. Mit besonderer Befriedigung konnten wir Feders Zuversicht hören, daß die NSDAP. bei den nächsten Wahlen die stärkste Partei wird.

Da es der Judenpresse so gar nicht in den Kram paßte, daß ein Nationalsozialist im Rundfunk überhaupt sprechen durfte, versucht Feder, den „ökonomischen Generalstabschef des Nationalismus“ — wie ihn Nötling nannte — lächerlich zu machen, was nicht anders zu erwarten war. Dabei entschließt der „Welt am Abend“ der Satz von den „völlig unzureichenden und in jeder Beziehung verfälschten marxistischen Erwidrerungen Nötlings!“

Alles in Allem war dieses Rundfunkgespräch ein glänzender Erfolg Feders und des Nationalsozialismus überhaupt. Es wird am 3. Januar fortgesetzt werden.

Reichstagsrede des Abgeordneten Pg. Börger am 12. Dezember 1930.

Meine Damen und Herren! Zwei Tage nach dem Unglück in Aisdorf bei Aachen stand in der „Bergwerkszeitung“ zu lesen: Die Dividenden dieser Grube sind bis 1941 nicht gefährdet. (Hört, hört! bei den Nationalsoz.) Die Bergleute sind noch nicht aus der Grube geborgen, sind noch nicht alle gerettet, die Mütter und Kinder weinen und jammern, und die „Bergwerkszeitung“ schreibt: Die Dividenden sind bis 1941 nicht gefährdet. (Hört, hört! bei den Nationalsoz.) Derjenige, der das geschrieben hat, müßte ins Zuchthaus. (Sehr gut! und Händeklatschen bei den Nationalsoz.)

Nun etwas aus der Praxis und für die Praxis! Es war ein Tag vor Ostern 1919. Im Ruhrgebiet streikte alles. Mein Vater war auf der Zeche Dahlbusch Schacht 6 Obersteiger. Wir Söhne mußten mit Einverständnis des Herrn Leiters der Bergarbeiterverbände Kossfeld von Schacht 6 als Beamtensöhne arbeiten. Das geschah mit Erlaubnis des Herrn Kossfeld. Der Betriebsratsabmann

Kossfeld gab uns die Erlaubnis, weil er wußte, daß, wenn die Bergarbeiter darauf bestanden, mein Vater von der Zeche heruntergeschoben wäre, und es mußten die Notstandsarbeiten an den Pumpen gemacht werden. Also auf den stillen Druck des Generaldirektors Resten von Zeche Dahlbusch gingen wir hin und arbeiteten. Mein Bruder war 15 Jahre alt — mit 16 Jahren darf man erst in die Grube fahren — und bekam Befehl, mit einem Schloffer, der 18 Jahre alt war, in den Schacht 8 einzufahren, um dort die Pumpen im Schacht anzusehen. Sie fuhrten auf Schacht 6 ein, gingen unter Tage bis zum Schacht 8, machten die Arbeit fertig, kamen zurück, und jetzt geht mein Bruder hin und schmeißt das Werkzeug auf den Korb. Wenn der Korb nicht beladen ist, steht er immer einen halben Meter höher, als die Sohle ist. Mein Bruder steht also mit einem Bein auf dem Korb, mit dem anderen steht er auf der Hängebahn, als er das Werkzeug in den Korb legt. In dem Moment wird der Korb weggerissen und mein Bruder, der zum ersten Mal in der Grube war, der zwei Stunden in der Grube war, war in drei Stücke gerissen. Was war der Grund, warum wir Beamtensöhne arbeiten mußten? Es war der stille Druck dieses Generaldirektors Resten von Zeche Dahlbusch, daß wir Beamtensöhne arbeiten mußten, weil sonst der Vater auf die Straße flog. Hier haben Sie den inneren Grund dafür, warum mein Bruder an dem Tage verunglückt ist.

Weiter! Im Jahre 1918 ereignete sich kurz nach Weihnachten — Sie werden es wissen — auf der Zeche Dahlbusch auf Schacht 6 auf Flöz Viktoria eine Schlagwetterexplosion, die erste, die da gewesen ist. Mein Vater war auf Flöz Viktoria und ist ohne Rettungsapparate in das Revier hineingelassen und hat zwei Steiger gerettet, war aber von dem Tage ab lungenkrank. Nach den Vorschriften der Bergbehörden muß, wenn Rettungsmannschaften aus der Grube herauskommen, oben am Schacht entweder Cognac oder sehr starker Kaffee stehen. Wer stand oben am Schacht, als mein Vater mit den Geretteten herauskam?

Da standen die Herren von der „Direktion.“ Noch nicht einmal ein Dankeschön wurde ihm zuteil, nicht eine Tasse Kaffee, noch nicht einmal gefragt wurde er, wie sich die Rettung vollzogen hat! Mein Vater kam nach Hause und brach zusammen; ein halbes Jahr später haben wir auch ihn auf den Kirchhof getragen.

Meine Damen und Herren! Grundfänglich sage ich: Die Not des deutschen Volkes liegt in der Einstellung der ganzen derzeitigen Machthaber, der Banken und ihrer Tributpflichtigen. Im Mittelpunkt aller Interessen steht heute nicht mehr das Schicksal des deutschen Menschen, sondern der Profit.

Das ist die Not unseres Volkes!

(Fortsetzung der Rede des Abg. Kube.)

den parteipolitischen Haß dieses Verwaltungsbeamten in Frankfurt Oder herauszufordern und infolgedessen aus Preußen ausgewiesen zu werden. Und dann soll man der Sozialdemokratie, was wir ja nicht tun, glauben, ihr sei der Anschlußgedanke Deutsch-Ostereich gegenüber ernst zu werten.

Meine Herren von der Sozialdemokratie, wenn überhaupt der Staatsgedanke einen Sinn hat, dann hat er den Sinn, allen Volksgenossen, die im geschlossenen Siedlungsgebiet leben, die einheitliche Organisation des Staates zu geben. Wenn der Völkerbund, für den die Preussische Regierung durch ihre im Reichsrat betriebene Politik mit eintritt, einen Sinn hätte, müßte auch der Völkerbund den Ansprüchen der im geschlossenen Siedlungsgebiet in Mitteleuropa lebenden Deutschen Rechnung tragen und ihnen die Gelegenheit zum staatlichen Zusammenschluß geben. (Sehr richtig! b. d. Natsoz.) Das verhindert die politische Leitung des Völkerbundes, vor allen Dingen die Einstellung Polens, Tschechiens und der Franzosen. Aber meine Herren von der Preussischen Regierung, wenn Sie vielleicht sagen können, daß bei der gegenwärtigen politischen Konstellation Europas es unmöglich erscheint, die Sudetendeutschen, die Deutsch-Ostreicher, Ostmarkdeutschen, die Südtiroler und andere Deutsche ins Reich zurückzuführen, dann sollte sich die preussische Regierung wenigstens dafür einsetzen, denjenigen Deutschen aus jenen Ländern und Stammgebieten, die in Preußen Asyl suchen und in diesem Preußen weiter nichts tun, als sich zur Nation zu bekennen, die Möglichkeit zu geben, in Preußen zu bleiben und sie nicht mit derartigen üblen Metternich'schen Methoden, wie die untergeordneten Verwaltungsinstitute des gegenwärtigen Systems es belieben, von Land zu Land zu jagen, aus Preußen zu entfernen und sie auf Grund der Macht und nicht auf Grund des Rechts der Staatsangehörigkeit zu entkleiden. Ich bin der Meinung, daß eine deutsch-gesinnte Regierung allen Anlaß hätte, jedem deutschen Volksgenossen, der Heimatrecht in Deutschland sucht, nicht nur Asylrecht, sondern auch Bürgerrecht zu gewähren.

Ich erinnere daran, daß z. B. der Siebenbürger Arzt Fr. Fink von einem Landrat im Kreise Ludau ebenfalls wegen seiner deutschen Gesinnung und nationalsozialistischen Betätigung ausgewiesen worden ist. (Hört! Hört! b. d. Natsoz.) Ich erinnere an Vorfälle ähnlicher Art im Westen des Reichs. Jetzt häufen sich gerade in der Provinz Brandenburg darartige Fälle außerordentlich stark.

Wenn Herr Severing den Freiherrn vom Stein zitiert, bitte ich, es nicht nur beim Zitat zu lassen, sondern auch die praktische Nutzenwendung zu geben. Daß die gegenwärtige preussische Regierung das Auslandsdeutschtum und die Fühlungnahme mit ihm grundsätzlich bekämpft, zeigt uns das Verhalten des Ministers für Volksbildung gegenüber dem Verein für das Deutschtum im Ausland. Auch hier kann man feststellen: was ruhen all die schönen Phrasen, die Herr Grimm bei seiner Rede in Königsberg zum besten gegeben hat, wenn in der Praxis ein Verein wie der V. D. A. ebenfalls durch die Verwaltungsmethoden des gegenwärtigen Systems unterdrückt wird! Meine Herren, dann hätten Sie als Träger des Staatsgedankens und der Staatsautorität wenigstens die Aufgabe, das, was Sie bei privatrechtlichen Organisationen nicht zulassen, von seiten der staatlichen Schulverwaltung zu tun, dann hätte der preussische Staat und hätte darüber hinaus das Reich — es wäre die Aufgabe Preußens, im Reichsrat als stärkstes Land dafür einzutreten — die Pflicht, die in seiner gegenwärtigen Form der Republik von Weimar mit allen Deutschen, zum mindesten in Europa auch durch Staatsmittel aufrecht zu erhalten. Statt dessen verfügen Sie in diesem Etat über Geheimfonds zur Bekämpfung der eigenen Volksgenossen in der Heimat. Statt dessen bilden sich bei ihnen alle möglichen Organisationen, um die Staatsautorität einzustellen gegenüber bestimmten politischen Organisationen in der Heimat. Sie lassen jedes, aber auch jedes Mittel ungenutzt, um dem Deutschtum in Europa die Gewißheit zu geben: hier in diesem Staate besteht eine Organisation, die sich mit euch nicht nur phrasologisch, sondern auch, sagen wir: organisch verbunden fühlt und sich mit der Tat für euch einsetzt. Nun verzichtet aber das gegenwärtige System darauf, eine derartige Aufgabe als Staatsaufgabe zu betrachten, was seine Pflicht wäre. Denn es ist Aufgabe des Staates, sich für das Deutschtum einzusetzen; wir sind nicht der Staat des aus der Tschechoslowakei eingewanderten Ministerialrats Thejessy, sondern wir sind der Staat des deutschen Volkes, und einer der Herren aus der Mitte des Hauses hat neulich zum Ausdruck gebracht, wir seien auch heute noch im gewissen Sinne ein Nationalstaat. Das unterstreichen wir Nationalsozialisten durchaus; denn innerhalb der heutigen deutschen Grenzen ist ja die deutsche Nation mit ungefähr 99 % der Bevölkerung vertreten. Aber, meine Damen und Herren, dann sollten Sie wenigstens so liberal, dann sollten Sie wenigstens so entgegenkommend sein, daß Sie dem VDA. in

seiner notwendigen Arbeit, in der Arbeit, die Sie eigentlich leisten müßten, nicht unnötige Schwierigkeiten machen.

Ich möchte nur die Frage an den Herrn Staatsminister Severing richten: Geschieht es mit seinem Einverständnis, daß die Deutschenverfolgung durch Regierungspräsidenten, Landräte usw. in Preußen gerade in der letzten Zeit einen außerordentlich starken Umfang annimmt? Billigt der Herr Staatsminister des Innern das unerhörte Vorgehen des Regierungspräsidenten Dr. Figner in Frankfurt a. O. gegen jeden Sudetendeutschen, gegen jeden siebenbürgischen Deutschen, der innerhalb des preussischen Staatsgebietes seiner nationalen Meinung Ausdruck gibt? Wenn der Herr Staatsminister diese Fragen verneint, wenn er von derartigen primitiven Methoden einer angsterfüllten Parteksubalternität abrückt, dann wollen wir ihm glauben, daß seine Äußerung und sein Zitat mit Bezug auf den Freiherrn vom Stein nicht lediglich einem literarischen Bedürfnis entsprach, sondern wirklich von dem Ernst der Überzeugung und vor allem von dem Ernst der Pflicht, die gerade einem preussischen Staatsminister dem Deutschtum gegenüber obliegt, getragen ist.

Aller Anfang ist schwer.

Beginne am Kleinen, am Einzelnen, der Erfolg wird nicht ausbleiben. Sinnsprüche, die besser als ihr Ruf sind.

Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen — wenn man so viele Schritte rückwärts tut, wie der gegenwärtige bad. Kultusminister, muß man auch einmal einen vorwärts tun, — hat man in Baden für Ostern 1932 die Sütterlinschrift als „verbindlich“ erklärt. Dadurch wird Baden, trotz des soziald. Unterrichtsministers, nicht an die Spitze der deutschen Unterrichtsverwaltungen rücken, aber Fortschritt ist immerhin Fortschritt. Und der ist anzuerkennen, da von oben verfügt wurde, daß künftig senkrecht zu schreiben ist, wobei eine leichte Rechtsneigung erwünschter sei, als Linksneigung, die unbedingt zu vermeiden sei.

Vorauszusehen ist, daß man im Unterrichtsministerium den Geist der Zeit erkannt hat. Wie gefagt: „Mancher hat schon klein angefangen . . .“ Nicht wahr Herr Minister?

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Karl Lenz, M. d. R.; für Inserate: Gerhard Fiebler, beide in Mannheim. Buchdruckerei: Schmalz & Loschinger, Mannheim.

Parole-Ausgabe.

Bezirk Groß-Mannheim.
Geschäftsstelle Mannheim, P 5, 13a. Telefon 317 15.
 Geschäftsstunden von 8-12 und 14-19 Uhr.
 Selbst- und Einschreibeforderungen: NSDAP. Mannheim, Hans Feit, P 5, 13a.
 Postfach-Konto: Ernst Röltner, Mannheim, Konto Ludwigshafen 18 375.
Bezirks- und Ortsgruppenleiter: Karl Lenz, M. d. R., Mannheim, Tel. 315 15, oder Heidelberg, Tel. 3727.
 Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.
Stellvert. Bezirksleiter: Dr. Otto Orth.
 Sprechstunden Dienstag und Freitag von 14-19 Uhr.
Stellvert. Ortsgruppenleiter: Hans Feit.
 Sprechstunden täglich von 16-18 Uhr.
Kassenverwaltung: Coewe.
 Sprechstunden täglich von 10-12 und 16-18 Uhr.
 Abrechnung für Beiträge der Sektionskassiere v. 15.-18. j. Mts.
Organisation und Propaganda: Trautwein.
 Sprechstunden täglich von 10-12 und 16-18 Uhr.
Betriebszellen-Abteilung:
 Sprechstunden täglich von 10-12 und 16-18 Uhr.
Arbeitsvermittlung:
 Sprechstunden täglich von 16-18 Uhr.
Kommunalpolit. Abteilung: Dr. Otto Orth.
 Sprechstunden Dienstags und Freitags von 16-18 Uhr.
Rechtsberatung: Dr. Karl Elsefer.
 Sprechstunden Donnerstags von 15-17 Uhr.
Landtagsfraktion: Prof. H. Kraft.
 Sprechstunden Mittwochs von 17-19 Uhr.

Verlagsleitung: „Das Hakenkreuzbanner“.
 Postfach-Konto: Karl Lenz, M. d. R., Ludwigshafen 6775.
 Sprechstunden täglich von 10-12 und 16-18 Uhr.
Schriftleitung:
 Sprechstunden täglich von 8-10 und 16-19 Uhr.
Presseamt: Haas.
 Sprechstunden täglich von 12-13 und 14-19 Uhr.
Buchhandlung: Ernst Röltner.
 Sprechstunden täglich von 9-12 und 14-19 Uhr.
S. A. - Standarte: Pflaumer.
 Sprechstunden Donnerstags von 16-18 Uhr.
S. A. Stuf: Feit.
 Sprechstunden täglich von 16-18 Uhr.
S. A. - Kasse: Schmidt.
 Sprechstunden täglich von 17-19 Uhr, außer Mittwochs und Donnerstags.
Hitler-Jugend: Kaiser.
 Sprechstunden Mittwochs und Samstags von 16-18 Uhr.
N. S. D. G. V.:
 Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.
Schülerbund:
 Sprechstunden Mittwochs und Samstags von 16-18 Uhr.
N. S. D. M. K. (Automobilklub).
 Sprechstunden Mittwochs von 16-18 Uhr.
Deutscher Frauenorden: Frau Dr. Roth.
 Sprechstunden Samstags von 16-17 Uhr.
Kampfbund für deutsche Kultur: Dr. Ing. Roth.
 Sprechstunden Samstags von 15-16 Uhr.

Nationalsozialistische Lesehalle, U 6, 24.
 Geöffnet von 9-12 Uhr und von 14-18 Uhr.

Besuche zu anderer Zeit werden grundsätzlich nur in dringenden Fällen und nur nach vorheriger telefonischer Abmachung empfangen.

Die Bezirksleitungen Mannheim und Weinheim entbieten allen Parteigenossen zum neuen Jahr die besten Grüße und Wünsche.

Karl Lenz, M. d. R., Walter Köhler, M. d. L.

Ortsgruppe Weinheim.

Großer deutscher Abend

am Samstag, den 10. Januar, abends 1/2 9 Uhr, in der Festhalle Pfälzer Hof.

Alle Mitglieder, Anhänger und Freunde der Partei sind herzlich eingeladen. — Gegenstände für die Verlosung wollen bis 10. Januar beim Ortsgruppen-Führer Köhler abgegeben werden.

Versammlungskalender für den Bezirk:

- Januar 5. Feudenheim: Mitgliederversammlung.
- „ 8. Schweighingen: Redner Vg. Dreher M. d. R.
- „ 15. Mannheim: Großdeutsche Kundgebung im Ribelungensfall.
- „ 18. Mannheim: Gruf. Besprechung.

Kemmele, Grzesinski, Gevering

sind offen gegen uns zum Angriff übergegangen. - Das Reichsbanner rüstet zum Bürgerkrieg.

Man verbietet uns das Braunhemd
 Man überwacht unsere Kundgebungen
 Man sprengt unsere Versammlungen
 Man schlägt unsere Anhänger nieder

Eine Schikane löst die andere ab — ein Gewaltstreich folgt dem anderen. / Man gibt vor, Deutschland retten zu wollen — in Wahrheit geht es um nichts anderes, als um den Schutz der eigenen Bonzensessel!

Gebt die Antwort! Schafft Aufklärung!

In jedes Haus das „Hakenkreuz-Banner!“ Weg mit der Judenpresse! Helft mit am Ausbau. Schafft eine Waffe, an der die Angriffe des Gegners zerschellen müssen.

Jeder zwei neue Bezieher

für das „Hakenkreuz-Banner“ ist die Forderung der nächsten Tage!

„Banner“
 Herausgeber: **Karl Lenz, M. d. R.**
 Schriftleitung und Verlag: **Mannheim, P 5, 13a**
 Postfachkonto: **„Banner Verlag“**
 Karl Lenz, M. d. R., Mannheim
 Postfachamt Ludwigshafen am Rhein Nr. 6775

An das
Postamt (Zeitungsstelle hier*)
Bestellschein.
 Ich bestelle hiermit ab Monat.....
 die wöchentlich einmal erscheinende Zeitung
„Das H Banner“
 Die Zeitung der Nationalsozialisten der Bezirke
Mannheim - Weinheim
 Das Bezugsgeld von monatlich 90 Pfg. zuzüglich Postzustellgebühr (6 Pfg.) bitte ich durch den Postboten bei mir regelmäßig einziehen zu lassen.
 Bitte deutlich schreiben!
 Name:.....
 Wohnort:..... Straße:.....
 *) Darf nur am Wohnort des Bestellers eingeworfen werden.

„Banner“
 Herausgeber: **Karl Lenz, M. d. R.**
 Schriftleitung und Verlag: **Mannheim, P 5, 13a**
 Postfachkonto: **„Banner Verlag“**
 Karl Lenz, M. d. R., Mannheim
 Postfachamt Ludwigshafen am Rhein Nr. 6775

An das
Postamt (Zeitungsstelle hier*)
Bestellschein.
 Ich bestelle hiermit ab Monat.....
 die wöchentlich einmal erscheinende Zeitung
„Das H Banner“
 Die Zeitung der Nationalsozialisten der Bezirke
Mannheim - Weinheim
 Das Bezugsgeld von monatlich 90 Pfg. zuzüglich Postzustellgebühr (6 Pfg.) bitte ich durch den Postboten bei mir regelmäßig einziehen zu lassen.
 Bitte deutlich schreiben!
 Name:.....
 Wohnort:..... Straße:.....
 *) Darf nur am Wohnort des Bestellers eingeworfen werden.

Reichstagsberic
 Am Präsidium
 Abg. Koenen (Märker- und Rosk
 Abg. Hörling (Du Schwein!
 Abg. Braß (A heute gerade gekäm
 Abg. Koenen (Abg. Hörling um Braß ins Gefie
 munt) ihn auf den
 sind Sie doch wen
 sollen sind!
 Abg. Hörling
 Abg. Adolf H
 zwischen Braß un
 Stoß vor die Bruf
 sollener im Saale.
 Präsident Löt
 zur Ordnung.
 Abg. Hoffmann
 fenden zur Ordnu
 Präsident Löt
 Ihnen niemand in
 mentarischen Ordnu
 Abg. Hoffmann
 Geltung kommen
 (Zurufe rechts: da
 ist betrunken!
 Präsident Löt
 zweiten Male zur
 Abg. Hörling
 den aus dem Saal
 Abg. Braß (S
 gerochen.
 Lange nachd
 aus dem Saale g
 nicht mehr gerod
 ruf unterm 6. J
 Parole
 Im Aufruf
 Menschen, die li
 neben aber noch
 welse: . . . ab
 Zeit der Wirren

G.
 „Wir
 Wir
 Kameraden
 es gewesen sel
 Mannheim die
 Ihr wart
 standet ihr vor
 im ausgemergel
 heim hineingel
 häufern die „Q
 Poststesseln d
 ten und die A
 nicht nur euer
 Knochen versch
 Ihr, Kam
 Gefühl im Hal
 wir denn alle
 schlimmer als
 Und da
 Finger krallten
 Als die G
 da wolltet ihr
 sind diese Bau
 unsere Brüder
 befehlen. Ihr
 Ihr seid
 Schlag soll ein